

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 40 A.
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperret!

Zur Beachtung!

Redaktion und Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ befinden sich ab 1. April
Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.
Wir bitten die Kollegen, das zu beachten.
Redaktion und Expedition.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Cassel. (Telegramm.) 380 Tischler im Ausstand.

Grünstadt. (Telegr.) Differenzen ausgebrochen. Zuzug fernhalten.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Höchst a. M., Alzeu, Spremberg (Kiefer), Bamberg (Müller), Göttingen (H. Kaiser, Möbelfabrik), Reuhausen (H. Müller), Grimmitzschau (Mohlend & Bohlend, Uhrgehäufabrik), Mainz, Söbdenau (S. Wunderlich), Frankfurt a. M. (Rothe & Söhne), Lauenburg a. d. E., Marburg, Kaiserlautern (Graf), Martinroda, Straßburg i. E. (Müller, Finckelstein), Anklam (Hafsch), Wanne, Straßburg, Lindenwalde (Weines' Baugeschäft, Gebr. Kunka, Hünge, Bracht, Möbelfabriken), Sasserode-Wernigerode (R. Dreht).

Tischlern, Möbelpolstern und Maschinenarbeitern nach Weihenstephan. (Gahn & Meßkow, König-Schauensee 79, Magdeburg (Wibe);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Dieblich a. Rh. (Beer);

Tischlern und Stuhlbauern nach Cassel, Fürth (S. Scheibig);

Drechsler nach Altona (Maack);

Drechsler, Maschinenarbeitern und Tischlern nach Grabow bei Stettin (Salge), Langenau bei Brand i. S. (Pörner & Schurz);

Drechsler und Polstern nach Br. Holland (Ochschlägel & Co.);

Maschinenarbeitern nach Berlin;

Wagenbauern nach Herdingen a. Rh.;

Nürsternmachern nach Dresden (Kuh);

Pianosortearbeitern nach Bamberg (Neupert);

Berlmutterknopfdrechsler nach Hartha (Owig);

Politurarbeitern nach Fürth (Kern).

Ausland.

Schweiz: Von Nürsternmachern nach Bern; von Tischlern nach Biel, Arbon, Aistätten b. St. Gallen, Wiedenswil.

Schweden: Von Bambusrohrmöbelarbeitern nach Sothenburg (S. Smagbed).

Pünktliche Beitragszahlung

Ist eines der Hauptfordernisse für die gedeihliche Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterkassen. Unsere Gewerkschaften, so auch der Holzarbeiterverband, verfügen über keine anderen Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben als die, welche von den Mitgliedern in Form von regelmäßig zu zahlenden Beiträgen geleistet werden. Wird die Beitragsleistung nachlässig gehandhabt, so wirkt das ebenso nachtheilig auf die Verbandstätigkeit, wie unsolidarisches Verhalten oder mangelhafte Betheiligung der Mitglieder. Darüber muß sich jeder Verbandskollege klar sein, will er als ganzer Mann in der Gewerkschaft gelten.

Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben ein ganz besonderes Interesse daran, pünktlich ihre Beiträge zu zahlen, und darauf möchten wir jetzt, bei Inkrafttreten des neuen

Statuts nochmals mit Nachdruck hinweisen. Denn die hervorragensten Leistungen, die unsere Organisation ihren Mitgliedern ausliefert, sind immer an die eine Vorbedingung geknüpft, daß diese mit ihrer Beitragszahlung nicht im Rückstand sind. In dem bisherigen Statut, das in diesem Punkte noch bis 1. April 1904 Geltung hat, hieß es beispielsweise in § 11:

„Mitgliedern, welche mindestens ein Jahr dem Verband angehören und bis zum Tage ihrer Abreise ihre Beiträge entrichtet haben, kann an allen Verbandszahlstellen Reiseunterstützung gewährt werden.“

Hier wird ausdrücklich das pünktliche Beitragszahlen als Vorbedingung für Gewährung der Reiseunterstützung aufgestellt. Im Allgemeinen dürfte diese Vorbedingung für alle anderen Unterstützungen aufzustellen sein. Wer von der Organisation Rechte verlangt, mag ihr gegenüber zunächst einmal seine Pflichten erfüllen.

Uebrigens sind in unseren Organisationsbestimmungen und Statuten noch an mehr als einer Stelle Bestimmungen getroffen, die sich auf die pünktliche Beitragszahlung beziehen. Im Zeitungsreglement heißt es beispielsweise, daß die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes keinen Anspruch auf den unentgeltlichen Bezug der „Holzarbeiterzeitung“ haben, „wenn dieselben vier Wochenbeiträge restiren, ohne daß solche gestundet wurden oder nach § 8 des Statuts erlassen sind“; und in Bezug auf die Einzelmitglieder heißt es noch ausdrücklich: „Bei vier Beitragsresten hört der Anspruch auf die Zeitung, und somit auch die Zusendung (derselben) ohne Weiteres auf“. Dabei haben die Kollegen, welche infolge Beitragsrestirung die Zeitung entzogen bekommen, nur insoweit Anspruch auf Nachlieferung der entzogenen Zeitungen, als solche am Orte, bei Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse vorhanden sind.

Mehr Bedeutung für die Mitglieder haben noch die Bestimmungen des Statuts, welche die Mitgliedschaft im Verband von der pünktlichen Beitragszahlung abhängig machen. Nach § 21 des alten Statuts, konnte der Ausschluß der Mitglieder erfolgen, wenn dieselben 18 Wochenbeiträge restiren, ohne um Stundung nachgesucht zu haben. Wenn diese Bestimmung bisher nicht streng gehandhabt worden ist — thatsächlich sind die Kollegen, welche mehr als 18 Wochenbeiträge restiren, in den Verbandsabrechnungen auch als Mitglieder nicht gezählt worden — so dürfte das für die Zukunft doch anders werden, und das ist ganz besonders zu beachten. Zunächst ist diese Bestimmung insoweit verschärft worden, als in Zukunft der Ausschluß von der Mitgliedschaft nach acht Wochenbeitragsresten erfolgen kann (§ 55 des neuen Statuts). Mit dem neuen Statut werden die Unterstützungsbedingungen des Verbandes, wie wir schon in voriger Nummer unserer Zeitung nachgewiesen haben, bedeutend erweitert. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern damit sehr viel mehr Rechte als bisher. Angesichts dieser wichtigen Aenderungen war es nicht mehr als recht und billig, an die Mitgliedschaft Bedingungen zu knüpfen, die eine sachgemäße Funktion der Unterstützungsrichtungen des Verbandes ermöglichen. Vor Allem mußte aber auch darauf gesehen werden, daß eine mißbräuchliche Inanspruchnahme dieser Einrichtungen erschwert wurde. Gar zu oft kommt es ja vor, daß die säumigsten Beitragszahler den Verband am meisten in Anspruch nehmen. Um Dem einen Niegel vorzuschieben, hat man die für ein Mitglied des Verbandes äußerst zulässigen Beitragsreste von 18 auf 8 Wochen beschränkt. Und hier dürfte eine strikte Handhabung Platz greifen. Weiter ist die Stundung der Beiträge in der Regel nur bis 18 Wochen zugelassen worden.

Auch nach dem neuen Statut ist die Reiseunterstützung nur an solche Mitglieder auszugeben, welche ihre Beiträge bis zum Tage der Abreise ent-

richtet haben (§ 23 Abs. b) Die Arbeitslosenunterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied „beim Eintritt der Arbeitslosigkeit (nicht) mehr als sechs Wochenbeiträge restirt“ (§ 26 Abs. c). Maßgeblich war auch hier der Grundsatz, daß man erst dann auf die recht weitgehenden Rechte des Verbandes Anspruch machen kann, wenn man seinen Verpflichtungen gegen denselben in jeder Hinsicht entspricht. Und zu den hervorragensten Pflichten der Mitglieder an den Verband zählt mit die pünktliche Beitragszahlung.

Pünktliche Beitragszahlung ist für die Mitglieder aus allen diesen Gründen eine selbstverständliche Pflicht. Die Kollegen dürfen die Pflicht aber auch deshalb nicht unterschätzen, weil von ihrer Erfüllung die Dauer der Mitgliedschaft und davon wieder die Höhe der Leistungen des Verbandes abhängig gemacht ist. Ein Kollege, der pünktlich seine Beiträge zahlt, unterliegt nicht der Gefahr des Verlustes der Mitgliedschaft. Je länger aber die Mitgliedschaft währt, um so größere Rechte gewährt sie dem Kollegen. Zunächst ist der Unterstützungsanspruch von bestimmten Mindestbeitragsleistungen der Mitglieder abhängig gemacht. Die Reise-, Arbeitslosen- und Nothfallunterstützung wird erst dann gewährt, wenn das Mitglied 52 Wochenbeiträge geleistet hat, ebenfalls die Sterbefallunterstützung für verheiratete; für ledige Kollegen ist diese Unterstützung von einer Mindestleistung von 156 Wochenbeiträgen abhängig gemacht. Bei Streikunterstützung ist eine Karenzzeit von 52 Wochen vorgesehen, nur in Ausnahmefällen (§ 41) wird diese Unterstützung schon nach halbjähriger Mitgliedschaft gewährt. Dann aber steigen bei der Reise-, Arbeitslosen- und Sterbefallunterstützung bei längerer Mitgliedschaftsbauer die Unterstützungssätze von Jahr zu Jahr.

Es betragen nach § 15 des Statuts die Unterstützungen an reisende Mitglieder 4 A. pro Kilometer, und zwar innerhalb 12 Monaten nach einer Mitgliedschaftsbauer von

52 Wochen bis zu M. 86 Höchstbetrag,	
104 " " " " " "	42 " "
156 " " " " " "	48 " "
208 " " " " " "	54 " "
260 " " " " " "	60 " "

An arbeitslose Mitglieder am Orte innerhalb 12 Monate, vom ersten Unterstützungsstage an gerechnet, auf die Dauer von 36 Tagen nach einer Mitgliedschaftsbauer von

52 Wochen M. 1,— pro Tag oder M. 6 pro Woche,	
104 " " " " " "	1,17 " " " " " "
156 " " " " " "	1,33 " " " " " "
208 " " " " " "	1,50 " " " " " "
260 " " " " " "	1,67 " " " " " "

Beim Sterbefall des Mitgliedes oder dessen Ehehalfter wird nach einer 52wöchigen Mitgliedschaftsbauer eine Unterstützung bis zu M. 25, für jede 52 Wochen mehr steigend um je M. 5 bis zum Höchstbetrag von M. 75 gewährt werden. (§ 48.)

Der Vortheil der längeren Mitgliedschaftsbauer leuchtet danach ein. Es dürfte den Kollegen denn auch nicht gleichgültig sein, ob sie regelmäßig ihre Beiträge zahlen, und sich damit ein Anrecht auf die höheren Unterstützungssätze sichern, oder ob sie, im Hinblick auf die erleichterte Wiederaufnahme in den Verband, ihre Beitragsleistung nachlässig handhaben. Ein Kollege, der regelmäßig seine Beiträge zahlt, hat nach 52jähriger Mitgliedschaftsbauer Anrecht auf die höchsten Unterstützungssätze bei Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, er hat, im Falle er ausgesteuert ist, die Sicherheit diese Unterstützungssätze in gleicher Höhe nach jedesmaliger Zahlung von 52 Wochenbeiträgen wieder zu erhalten. Ein Kollege aber, der es mit dem Beitragszahlen nicht genau nimmt und deshalb seiner Mitgliedschaft verlustig geht, muß beim Eintritt in den Verband immer wieder erst seine 52 Mindestbeiträge

zahlen, ehe er unterstützungsberechtigt ist. Und dann hat er immer wieder nur Anspruch auf die niedrigsten Unterstützungsätze. Solche Kollegen schädigen sich selbst durch ihre Nachlässigkeit sehr. Und wie oft müssen wir beobachten, daß einzelne Kollegen drei, vier Mal sich aufnehmen lassen in den Verband, weil sie infolge ihrer Nachlässigkeit der Mitgliedschaft verlustig gegangen waren. Das muß in Zukunft anders werden, wollen die Kollegen ihre Interessen nicht weiter mit Füßen treten. Deshalb rathen wir den Kollegen: **Z a h l p ä n k t l i c h G u t e B e i t r ä g e !**

Die Lokalverbände möchten wir aber bei der Gelegenheit an die in § 66 des Statuts ihnen auferlegte Verpflichtung erinnern, wonach sie Einrichtungen zu treffen haben zwecks regelmäßiger wöchentlicher Kassirung der Beiträge.

In unserem letzten Artikel „Zur Beitragsverbesserung“ ist und insofern ein Irrthum unterlaufen, als den reisenden Kollegen nicht, wie wir geschrieben, an jedem Orte eine dreitägige Aufenthaltunterstützung gewährt wird. Nach § 19 des Statuts wird diese Unterstützung nur in Berlin für drei Tage, in Breslau, Ebin, Dresden, Hamburg, Leipzig und München je für zwei Tage, in Bremen, Chemnitz, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Halle, Hannover, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart je für einen Tag gewährt.

Diese Aufenthaltunterstützung wird zur Reiseunterstützung aufgerechnet, sie kann an einem und demselben Orte innerhalb sechs Monate nur einmal gewährt werden.

Wieder eine Aussperrung in Berlin.

r. L. Schon sind zehn Wochen des Jahres 1903 verstrichen, ohne daß die Berliner Holzindustriellen eine Aussperrung ihrer Arbeiter oder eine ähnliche Aktion vorgenommen haben. Daß es das ganze Jahr nicht so weitergehen kann, ist nach der Ansicht der Scharfmacher im Tischlergewerbe selbstverständlich. Wenn nichts gegen die Arbeiter gethan wird, wozu hätten wir da die Zwangsinnung, die Freie Vereinigung und ihre Nebenorganisationen, wozu den Arbeitsschweiger, die „Fackzeitung“, Herrn Klebinder und Herrn Mahardt? Es kann nicht gewartet werden bis zur Malseier.

Schon vorher auch etwas geleistet werden. Mit dem Verlagen der „Holzarbeiterzeitung“ ist der Thatsache des Herrn Mahardt noch lange nicht gestillt. Es muß den großen Männern der Berliner Holzindustrie Gelegenheit gegeben werden, ihre Talente und Fähigkeiten immer von Neuem zur Entfaltung zu bringen, neue Vorhaben zu ernten, und es muß auch Stoff geschaffen werden für die „Fackzeitung“.

Bisher hatte sich aber noch keine Gelegenheit gefunden, etwas Großes zu unternehmen. Fortwährend gab man sich in der „Fackzeitung“ die größte Mühe, die Fraiserelbesitzer zur allgemeinen Lohnreduktion zu bewegen. Zuerst wurde in beständiger Form gegen die unerhört hohen Löhne der ungelerneten Möbelpolster und Maschinenarbeiter geschrieben, dann aufgefördert, Maß zu halten mit den hohen Löhnen. Solche hohen Löhne bekämen kaum die besten Tischler, die eine vierjährige Lehrzeit und langjährige Ausbildung durchgemacht haben, schrieb die „Fackzeitung“. Als das nichts nützte, machte ein Mitarbeiter der „Fackzeitung“ mehrere Fraiserelbesitzer namhaft, welche durch die von ihnen gezahlten hohen Löhne den Untergang des Tischlergewerbes herbeiführen. Aber es war vergeblich. Die Leute besaßen noch nicht den Willen von Herrn Bry und Mahardt verlangten Mühe und Opfer zu tun.

Endlich aber kam die Gelegenheit doch. In mehreren Betrieben besaßen die Arbeiter, nach der Meinung unserer Arbeitgeber, die unerhörte Frechheit, mit ihren Löhnen nicht zufrieden zu sein und höhere Löhne zu verlangen. Wie man ja schon aus verschiedenen Nummern der „Fackzeitung“ herauswerke, sollten es diesmal die Fraiserelbesitzer sein, die eine große Aktion in Gang zu bringen hätten. Deshalb wurden die Forderungen der einzelnen Arbeiter jedesmal abgelehnt und die Sache so geschoben, daß die Organisation der Arbeiter eingreifen mußte und Werkstattstreiks ausbrachen. Mit den Vertretern der Organisation verhandelten die Meister grundsätzlich nicht. In vier Betrieben kam es daher zum Streik; es waren dies die Firmen Rose & Sohn, Frankfurterstr. 16, Koller, Königsbergerstr. 26/27, Schlafzimmer-Möbelfabrik Klug, Warschauerstraße und Schlafzimmer-Möbelfabrik Seifert & Wolf, Fruchtstr. 36. In den vier Betrieben legten 47 Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. Von Seiten der Unternehmerorganisation wurde sofort Alles mobil gemacht und darauf hingewirkt, daß bei dieser Gelegenheit eine Aussperrung aller Arbeiter im Tischlergewerbe zu Stande kommt.

Nachdem die Fraiserelbesitzer durch Versammlungsbeschluss sich solidarisch erklärten, war es besonders Herr Koller, der mit seinem Fuhrwerk von einem Betrieb zum anderen fuhr und Streikarbeit anbot. Die Arbeiter weigerten sich, Streikbrecherarbeit zu machen. Sie wurden darauf in den betreffenden Betrieben ausgesperrt.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zur Zeit zirka 800 Arbeiter in 34 Betrieben. Es befinden sich unter diesen die Maschinenarbeiter mehrerer großer Tischlereien.

Als die Arbeiter sahen, daß es den Scharfmachern darum zu thun war, eine recht große Zahl von Arbeitern auszusperrten, änderten sie ihre Taktik. Sie beschloffen in ihrer letzten Versammlung, Streikarbeit anzufertigen. Für's Erste ist es ja nun nicht möglich, alle Arbeit herzustellen, die in den 38 streikenden Betrieben liegen geblieben ist, da ja doch die arbeitenden Fabriken zuerst ihre eigene Kundschaft befriedigen müssen. Der Beschluß wird also zur Folge haben, daß die gesperrten Firmen die Kundschaft los werden, weil dann ihre Arbeit ja anderweitig gemacht wird.

Die Fraiserelbesitzer sind im Verein der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter organisiert, eine Lokalorganisation, die aber bei dem kaiserlichen Vertrauensmännerzentralisation nicht angegeschlossen ist. Der Verein zählt etwa 1000 Mitglieder. Zwischen diesem Verein und dem Holzarbeiterverband besteht ein Abnahmevertrag. Außer den 347 streikenden Maschinenarbeitern sind auch noch 60 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in die Kundschaft gezogen. Die Meisten davon sind Tischler, die

die Maschinenarbeit nicht selbst machen wollten oder nicht weiterarbeiten konnten.

Die Streikenden der genannten vier Betriebe verlangen eine Lohnserhöhung. Die bisherigen Löhne betragen M. 21 bis M. 28; der höchste Lohnsatz wurde nur von sehr wenig Arbeitern erreicht. Daß so verschiedene Löhne bezahlt werden, liegt in den eigenartigen Verhältnissen der Berliner Fraisererei. Durch die Art und Weise, wie die Arbeitsleistung der Arbeiter kontrolliert wird, werden diese noch mehr zur größten Ausnutzung der Arbeitskraft angezogen, als es durch die Akkordarbeit möglich ist. Während es sich bei der Akkordarbeit ab und zu einmal erlauben kann, einige Stunden untätig zu sein, sind die Maschinenarbeiter gezwungen, jede Minute auszunutzen. Sie müssen für jede fünf Minuten eine bestimmte Arbeitsleistung in ihr Buch eintragen. Etwa versäumte Zeit auf die geleisteten Arbeiten zu vertheilen, ist nicht gut möglich, weil dann für gleiche Arbeit eine verschiedene Zeit angegeben wäre; wie lange aber an einer bestimmten Arbeit gearbeitet werden kann, das ist immer aus den früheren Eintragungen zu ersehen. Es wird nun jedem Arbeiter genau nachgerechnet, wie viel er liefert, und darnach legt der Arbeitgeber den Lohn fest. Wenn nun einzelne Arbeiter einen Lohn von M. 28 erreichen und dann noch eine Lohnserhöhung verlangen, so mag es wohl den Anschein erwecken, als wenn für die Leute die Forderung hoch wäre. Man muß aber erst wissen, welche Arbeit geleistet wird und wie solche Arbeiter in anderen Betrieben bezahlt werden. Die Streikenden fordern auch nur solche Löhne, wie sie bereits in anderen Geschäften üblich sind. Auf Grund der Eintragungen in ihre Bücher haben die Streikenden ziffernmäßig nachweisen können, daß ihre Forderungen keineswegs so hoch sind. Will man Vergleichs anstellen zwischen den geforderten Löhnen und den in anderen Verufen erreichten Verdiensten, so muß man aber auch in Betracht ziehen, daß die Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen eine äußerst gefährliche ist. Welchen großen Gefahren die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter ausgesetzt sind, beweist eine Abstimmung, die in einer der letzten stark besuchten Versammlungen vorgenommen wurde. Auf eine Anfrage des Vorstehenden, wie viel Kollegen infolge Verletzungen an den Maschinen verstümmelte Hände haben, erhoben drei Viertel aller Anwesenden ihre Hände. Nur der vierte Theil hatte gesunde Hände. Aber auch unter diesen waren nur Wenige, die noch keine Verletzung erlitten haben.

Solche Feststellungen sind den Unternehmern sehr unangenehm. Deshalb stellte sich Herr Bry in der Unternehmerversammlung hin und erklärte, die Statistik der Holzberufsgenossenschaft beweise, daß nur 2 pZt. der Arbeiter an den Maschinen verunglückt. Herr Bry, der wohl jetzt noch ein Ehrenamt in der „Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft“ bekleidet, möchte es bekannt sein, daß doppelt so viele Unfälle geschehen, als von der Berufsgenossenschaft unterstellt werden. Die größere Hälfte aller Unfälle muß ja die Krankenkasse entschädigen. Es verunglückten aber nicht 2 resp. 4 pZt. der Maschinenarbeiter, sondern 2 resp. 4 pZt. aller Versicherten; es sind also alle Arbeiter mit einbezogen, die nur gelegentlich einmal an die Maschinen kommen, sowie auch diejenigen, die mit Maschinen gar nicht zu thun haben. Die ständige Gefahr, welcher die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter täglich ausgesetzt sind, würde noch viel größere Löhne rechtfertigen, als die Streikenden fordern.

Wie man von den Berliner Holzindustriellen nicht anders erwarten konnte, erklären sie, die Löhne nicht zahlen zu können, weil die Forderungen zu hoch sind. Dieser Behauptung steht jedoch die Thatsache gegenüber, daß die geforderten Löhne in einer ganzen Anzahl von Betrieben bezahlt werden. Die Arbeiter sind auch in der Lage, auf Grund der Eintragungen in die Bücher, den Nachweis zu bringen, daß die Forderungen sehr wohl bewilligt werden können. Mehrere Arbeitgeber haben das auch zugestanden. Sie wollten bei solch' einer Gelegenheit aber noch einen Vortheil für sich heraus schlagen und meinten deshalb, die Arbeiter hätten in allen Verhältnissen einen prozentualen Lohnaufschlag verlangen sollen, dann hätten die Fraiserelbesitzer die Preise für die Maschinenarbeit erhöhen können. Auch ohne eine Erhöhung der Preise konnten die Forderungen anerkannt werden. Die Fraiserelbesitzer brauchten nur den großen Tischlereien dieselben Preise abzunehmen wie den Kleinmeister. Bisher waren verschiedene Tarife im Gebrauch. Die Großunternehmer, die an der Spitze der Unternehmerverbände die Interessen des Tischlergewerbes vertreten und vor allen Dingen zuerst dem kleinen Handwerksmeister auf die Beine helfen wollen, bezahlen für Maschinenarbeit ein Drittel weniger als die Kleinmeister. Aus einer Veröffentlichung der Streikenden im „Vorwärts“ ist zu ersehen, welche Preise bei der Firma Koller die verschiedenen Stunden für die Maschinenarbeit bezahlen müssen:

133 (Thomas) 2 große Buffets M. 4,-	sonstige Kunden M. 6,-
108 (Schönherr) 1 Sch. hobeln	3,60
100 (Hanke & Käber) 1 Anrichter	0,75
102 (Schulz) 2 gr. Diplomaten	1,50
„ „ 2 Buffets, 2 m gr.	2,50
„ „ „	3,50

Ferner erhält die Firma Zeller & Platen das Quadratmeter Holz durchschnittlich für 20 $\%$ aufgeschritten, wogegen die sonstige Kundschaft für Stiefeln 30 $\%$ für Laubholz 40 $\%$ und für überreifes Holz 50 $\%$ zahlen muß. Die angeführten Betriebe gehören zu den größeren.

Wir beweisen durch die angegebenen Zahlen, welche in anderen Betrieben analog sind, daß die Herren, wenn sie anzeigen, die Löhne nicht bezahlen zu können, die Maschinenarbeit für die Großbetriebe zu denselben Preisen anzufertigen brauchen, wiewohl den Kleinmeister, und sie können mit Leichtigkeit die Löhne zahlen und verdienen selbst noch dabei.

Bei diesem Kampfe der Fraiserelbesitzer kann man so recht erkennen, welche Interessen die Unternehmerverbände vertreten. In ihrer „Fackzeitung“ nehmen sie Stellung gegen das Submissionswesen und die Schundkonkurrenz. Geschrieben und geredet wird viel gegen die Schundkonkurrenz. Sobald aber einmal ein Schundkonkurrenz betreibender Unternehmer durch Lohnforderungen der Gesellen gezwungen wird, mit seinen Preisen in die Höhe zu gehen, dann tritt die gesamte Scharfe Machertuppe energisch für einen solchen Betrieb ein. Die „Fackzeitung“ bringt eine schwarze Liste der Streikenden und die Scharfmacher stellen die durch den Streik liegenden gebliebenen Arbeit fertig. Will etwa die „Fackzeitung“ behaupten, die Firma Labe habe keine Schundkonkurrenz betrieben? Musste nicht Herr Mahardt selbst anerkennen, daß die Löhne bei Labe außergewöhnlich niedrig seien? Aber doch wird für solch' einen Unternehmer eingetreten. Ebenso verhält es sich bei dem

Streik der Maschinenarbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, daß es für die Kleinmeister die größte Schundkonkurrenz ist, wenn den Großunternehmern die Maschinenarbeit für den halben Preis hergestellt wird, wie ihn andere Meister bezahlen müssen. Eine solche Schundkonkurrenz kann nur besichtigt werden, indem die betreffenden Unternehmer gezwungen werden, dieselben Löhne wie andere Meister zu bezahlen. Nur durch niedrige Löhne sind die gekennzeichneten Zustände möglich. Im Interesse aller anständigen Arbeitgeber ist es deshalb notwendig, die Forderungen der Streikenden zu bewilligen.

Eine Bericht von der vorletzten Unternehmerversammlung zeigt uns, wie die Berliner Tischlermeister zu diesem Streik Stellung nehmen.

Die vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie besaßen sich am Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung mit dem Streik der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter. Wie von diesen Herren nicht anders zu erwarten, bezeichneten sie die Forderungen der Arbeiter als unerhört, frivol, unverschämt usw. Fraiserelbesitzer Wölle und Innungsmeister Mißig waren der Meinung, daß den Arbeitern auch absolut nichts bewilligt werden dürfte, und forderten die Tischlermeister auf, die Fraiserelbesitzer in diesem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Leider (!) seien erst 867 Arbeiter in 48 Betrieben ausgesperrt, auch die übrigen müßten folgen. Man dürfe keinen Gefallen mehr abschneiden, b. h. keinen Akkord mehr ansagen lassen, damit es zu einer allgemeinen Aussperrung komme. Denn die Verantwortung dafür falle nicht auf die Meister, sondern auf die Arbeiter als den schuldigen Theil. Herr Großschlus machte u. A. den Vorschlag, sämtliche Maschinenarbeiter bis zum 1. Juni auszusperrn und während dieser Zeit neue Arbeitsträfte anzulernen. Falls einer der Streikenden bis dahin wieder anfangen wolle, so müge man ihm 20 pZt. weniger Lohn zahlen als bisher. Erst vom 1. Juni an dürfe wieder der alte Lohn gezahlt werden, selbstverständlich sei dann aber jede Erhöhung ausgeschlossen. Im Uebrigen hielt er es doch für sehr bedenklich, wegen der Maschinenarbeiter eine allgemeine Aussperrung der gesammten Holzarbeiter vorzunehmen. — Nicht weniger als 31 Firmen, die sich trotz aller Bemühungen der Vorstände und der Vertrauensleute nicht bereit finden ließen, die gesperrten Betriebe zu unterstützen und Arbeiten für dieselben auszuführen, wurden sodann in aller Form mit dem Innungs-Bannfluch belegt. Zur Annahme gelangte darauf folgende Resolution:

„Die Versammlung lehnt im Hinblick auf die gegenwärtigen überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse jede Forderung der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter ab, zumal die Löhne derselben schon jetzt als außerordentlich hohe bezeichnet werden müssen. — Die Anwesenden erklären sich mit den bisher getroffenen Maßnahmen der Vereinigten Verbände einverstanden und verpflichten sich, die gesperrten Betriebe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. — Die Versammlung hält es ferner für Ehrenpflicht eines jeden Tischlermeisters, in Zukunft nur denjenigen Innungen von Holzbearbeitungsfabriken Arbeit zuzuwenden, welche sich mit den gesperrten Betrieben solidarisch erklärt haben. — Die weiteren Maßnahmen in dem uns frivol aufgebrungenen Kampfe werden den Vorständen der Vereinigten Verbände übertragen, deren Anordnungen strikte zu befolgen sind.“

Eine weitere Resolution, welche vermehrte Schutz für die Arbeitgeber und schwere Strafen für das Streikpöbelen forderte, soll an den Reichskanzler gesandt werden. — Man sieht, die Innungsbesitzer haben von ihrer alten „Weisheit“ noch nichts eingebüßt.

Die Scharfmacher in der Holzindustrie sehen alle Hebel in Bewegung, um die Aussperrung der Arbeiter zu einer möglichst vollständigen zu machen. Sie, die bei jeder Gelegenheit über angeblichen Terrorismus der Arbeiter schreiben, scheuen sich nicht, auf die Tischlermeister, besonders die Kleinen, den schärfsten Druck auszuüben, um sie zum Anschlag an das Vorgehen gegen die Arbeiter zu bewegen. Auch die Fraiserelbesitzer, die sich dem Willen der Oberscharfmacher nicht fügen und den gesperrten Unternehmern nicht aus der Tasche helfen wollen, werden mit Entziehung der Kundschaft, also mit Verrichtung der Existenz, bedroht. An die Kunden der unfolgsamen Fraiserelbesitzer ist folgendes Schreiben gerichtet worden:

Sehr geehrter Herr!
Trotz aller Bemühungen unserer Vorstände hat eine Anzahl von Fraiserelbesizern entschieden sich geweigert, Arbeiten für gesperrte Betriebe auszuführen.

Zu diesem unfolgsamen Standpunkt veranlaßt diese Herren selbstverständlich einzig und allein die unlautere Absicht, den augenblicklichen Nothstand der gesperrten Betriebe auszunutzen und so deren Kundschaft an sich zu reißen.

Zu diesen rücksichtslosen Vertrieben gebührt auch die Firma, bei welcher Sie arbeiten lassen.

Wir wenden uns daher mit der dringenden Bitte an Sie, dem Herrn verständlich zu machen, daß er, falls er auf seinem bisherigen Standpunkt verharren sollte, auf die Kundschaft der anständigen Berliner Tischlermeister nicht mehr zu rechnen hat. Mit kollegialem Gruß

Die Vorstände
der Vereinigten Berliner Verbände der Holzindustrie.
S. A.: C. Mahardt.

Nach Ansicht der Herren Mahardt und Genossen sind also nur jene Arbeitgeber „anständig“, welche ihre Arbeiter, die zum Theil schon ein Menschenalter bei ihnen arbeiten, brutal auf's Pfahler werfen zu Gunsten einzelner Unternehmer, welche ihren Arbeitern nicht den Lohn zahlen, welcher in anderen Betrieben bei den gleichen Preisen für Maschinenarbeit schon längst bezahlt wird. Gegen das Vorgehen des Herrn Mahardt nahmen die auf die schwarze Liste gesetzten Fraiserelbesitzer in einer Versammlung Stellung. Der „Vorwärts“ berichtet darüber Folgendes:

Protest gegen den Innungs-Bannfluch
erhoben gestern Abend die aus Anlaß des Holzmaschinenarbeiter-Streiks vom Obermeister Mahardt geächteten Fraiserelbesitzer. Bekanntlich waren in der letzten Generalversammlung der Holzindustriellen und Tischlermeister 31 Fraiserelbesitzer auf die schwarze Liste gesetzt worden, weil sie sich geweigert hatten, für die gesperrten 46 Firmen Streikarbeiten auszuführen. Obermeister Mahardt hatte nun alle Tischlermeister als nicht anständig bezeichnet, welche noch fernerhin bei den erwähnten 31 Firmen Bestellungen ausgeben würden. Hierdurch sahen sich die Betreffenden in ihrem Erwerb geschädigt und waren deshalb im Restaurant „Wahlsatt“ zusammen gekommen, um die Gründe ihres Verhaltens öffentlich klar zu

legen. Sie erklärten, nicht Unsolbilität habe sie zur Verweigerung der Streikarbeit geführt, sondern lediglich der Umstand, daß sie für ihre eigene Rundschaft vollaus genug zu thun hätten. Es sei nicht zu verlangen, ihre alten Kunden zu vernachlässigen, nur um den am Streik beteiligten Firmen aus der Verlegenheit zu helfen. Uebrigens hätte sich der Streik sehr leicht vermeiden lassen, denn es sei Thatsache, daß die vier Firmen, bei denen die Forderungen der Arbeiter zuerst eingereicht waren, wirklich nicht die allgemein üblichen Löhne zahlten. Daher wäre es überflüssig gewesen, gleich die Leute in so vielen Werksleben auszusperrten. Zwar sei die volle Höhe der gestellten Forderungen nicht zu billigen, jedenfalls seien diese aber nur deshalb so hoch geschraubt, weil die Arbeiter wohl geglaubt haben müßten, daß ihnen bei etwaigen gütlichen Unterhandlungen davon noch ein Theil abgenommen würde. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in welcher diese Ausführungen näher spezifiziert sind und in der sich die ausweisenden Fräseerbeteller verpflichten, gegen den Obermeister der Tischler-Innung, Herrn Mahardt, wegen Verurteilung und Geschäftsschädigung Klage zu machen. Mit der Durchführung der Klage ist eine dreigliedrige Kommission beauftragt worden. — Bemerkung sei noch, daß von Herrn Mahardt eine Karte eingegangen war, durch die er sich gewissermaßen bei den gestrichelten Herren dadurch entschuldigte, daß er gegen sie nur als ausführendes Organ des Innungsvorstandes gehandelt habe. Der Inhalt der Karte verfiel bei den Anwesenden jedoch nicht, im Gegenteil, er wurde mit mehr oder minder gefassten „Schmeicheleien“ kommentiert.

Aus der bayerischen Sägeindustrie.

Am 25. März fand in München die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Vereins bayerischer Holzinteressenten statt. Der Sekretär des Vereins, Herr Dr. Kreuzbauer, erstattete den Geschäftsbericht pro 1902, der zunächst die Neuorganisation des Vereins durch den engeren Zusammenschluß der großen und kleinen Sägewerke und des Holzhandels erwähnt. Die Vereinsarbeit war in der Hauptsache der Werbung von Mitgliedern gewidmet, der Erfolg jedoch nicht groß, da sich bis heute nur 430 Firmen angemeldet haben, d. h. noch nicht ein Drittel der bayerischen Holzindustrie. Insbesondere habe sich der Waldbesitz der Vereinigung nicht angeschlossen.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Versammlung wurde eine Petition an den bayerischen Landtag gerichtet, welche die Wünsche der bayerischen Holzinteressenten dahin formuliert: es wolle veranlaßt werden, daß von nun ab die Ausfuhrung der für die Sägerei geeigneten Hölzer in erster Reihe nicht nach der Heilbronner Sortierung, sondern nach den Bedürfnissen der heimischen Verarbeitung geschehe; ferner daß der Verkauf der Staatshölzer im Wege der Submission ausföhre und die Verkäufe aus den Staatswaldungen entweder freihändig oder im Wege der Versteigerung betheilt werden, und es sollen die bisherigen Abgaben und Lokalversteigerungen nicht nur beibehalten, sondern nach den Bedürfnissen der heimischen Sägerei bedeutend vermehrt werden; bei den allgemeinen Versteigerungen soll der heimischen Verarbeitung gegenüber dem Rohholzexport eine Bevorzugung eingeräumt werden, so z. B. auch in der Form einer fünfprozentigen Preisermäßigung. Die Auftheilung in Lose soll so vorgenommen werden, daß durch viele kleine Lose den mittleren und kleinen Sägern das Mitsteigern mehr als bisher ermöglicht werde.

Die Eingabe gelangte zu spät in den Einlauf der Kammer und konnte nicht mehr behandelt werden. In der Reichsratskammer wurde die Petition nicht günstig aufgenommen. Die Kreisregierung von Schwaben hat sich einer ähnlichen Petition der schwäbischen Holzinteressenten, die der Verein unterstützte, freundlich gegenübergestellt. Nach einiger Debatte wurde der Bericht genehmigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Uffancen und Fachschiedsgerichte im Holzgeschäft. Der Referent, Herr Heinrich Schmitt, führte zunächst die gegenwärtig geltenden Uffancen auf und verlas dann einen von ihm aufgestellten Entwurf über Uffancen für den Holzhandel, der einer erstgläubigeren Kommission unter Führung des Sekretärs Dr. Kreuzbauer zur Vernehmung und weiteren Ausbreitung überwiegen wurde. Wenn diese Uffancen festgelegt seien und allgemeine Geltung erlangt haben, könne, wie der Referent ausführte, zur Bildung eines Schiedsgerichts geschritten werden.

Zu § 4, S. 1. Ausnahme des Vereins gegenüber der unerträglichen Vertheuerung der Unfallversicherungsbeträge durch den § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes referierte in Vertretung Herr Dr. A. Kreuzbauer. Nach den Ausführungen des Referenten wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Verein der bayerischen Holzinteressenten erblickt in der auf Grund des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 in Aussicht genommenen Erhöhung der Reservefonds der Berufsgenossenschaften um 400 Millionen Mark eine das Lebensinteresse der ohnehin schon um ihre Existenz hart ringenden bayerischen Säge-Industrie auf's Schwerste bedrohende Bedrohung. Er erhebt deshalb gegen die Verwirklichung dieses Paragraphen entschiedenen Widerspruch und beauftragt seinen Ausschuß, alle die Schritte zu unternehmen, welche die gesetzgebenden Faktoren zur Zurücknahme veranlassen können.“

Schließlich unterstützte die Versammlung eine Petition an das Reichsamt des Innern, welche fordert, den Ausdruck bewaldrediertes Holz in das Waarenverzeichnis des Zolltarifs aufzunehmen.

So weit die Thätigkeit des Unternehmerverbandes der Sägewerksbetriebe. Höhere Hölle für ihre Waaren, Begünstigungen seitens des Staates bei Submissionen und Versteigerungen, für sich dagegen Kampf und abermals Kampf gegen ein Gesetz, welches die Herren in ihrem Geldsacke etwas mehr belassen könnte, etwa zu Gunsten der auf ihre Vollgatter und Kreis-sägen gespannten, unmenichlich ausgebeuteten Sägenflanden. Dagegen von einer Verbesserung ihrer Betriebe durch Sanierungsmaßnahmen, Verkürzung der Arbeitszeit usw. und somit Einschränkung der Unfallgefahr und Verminderung der Unfälle herbeizuführen, kein Sterbenswörtchen. — Und die Arbeiter in der bayerischen Sägeindustrie? Interesselos und gleichgültig schauen diese zu, wie aus ihrer Haut Nerven geschmiten werden, wie sie bei unmenichlich langer Arbeitszeit und schlechter Entlohnung ansackert werden. Im ganzen Königreich Bayern giebt es 2633 Sägewerke mit 8139 darin beschäftigten Arbeitern. Dabon sind im Gau 17 allein 1799 Betriebe mit 5357 Arbeitern,

von denen kaum 50 Kollegen den Wert und die Bedeutung der Organisation begriffen haben. Die Zahl der Unfälle ist gerade in der Sägeindustrie eine horrende, hervorgerufen durch den Mangel jeglicher Schutzvorrichtungen und durch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Ueberanstrengung durch die lange Arbeitszeit, bis zu 16 und 18 Stunden täglich. Nach dem Bericht der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1900 treffen auf den Kopf des versicherungspflichtigen Arbeiters in der Gruppe 12a Sägeindustrie M. 24 an ausbezahlten Entschädigungen, dagegen in Gruppe 12b, 8 Tischlerei und Parkettfabrikation mit annähernd derselben Arbeiterzahl M. 12 auf den Kopf der versicherungspflichtigen Arbeiter; dabei arbeitet gerade in der Sägeindustrie die „Menschen-queische“ am unbarmherzigsten, da die Aufklärung über die Unfallversicherungsgesetzgebung unter diesen Arbeitern noch fehlt, trotz der Nähe und Arbeit seitens des Gauvorstandes und der Zahlstellen. Nicht bloß Hunderte, Tausende von Mark ungenügend verloren zum eigenen Schaden und zum Nutzen der Unternehmer. Woran liegt es denn vielleicht, daß die Arbeiter der Sägeindustrie noch so weit vorhandenen „Kostengeist“ und, man höre und staune, an dem „eingebildeten Standesdünkel“. Da laufen diese Kollegen noch althergebrachten längst überlebten Vereinseinrichtungen nach, deren höchster Zweck ist, alljährlich einen sogenannten „Jahrsrag“ zu halten mit obligatem Kirchgang und darauffolgendem „Holzstech“ oder „Sägerball“, höchstens das einzelne Vereine noch eine kleine Zuschußklasse bei Krankheitsfällen haben und ein Meißelgeld von vielleicht 50 % von Verein zu Verein bezahlen. Der ganze Zweck dieser althergebrachten Vereinsmeierei ist lediglich, bei den Zusammenkünften unter dem Schutze des uralten Vereinscharakters sich zu — trinken und bei Gelegenheit einem oder den andern Arbeiter eine Stelle zu rekommandieren, von ausflüßenden Vorträgen über Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Lebenshaltung oder über die Unfallgefahren und die Rechte in der Unfallversicherung keine Spur. Als Milderungsgrund der mangelnden Solidarität könnte höchstens die Entlegenheit der einzelnen Betriebe angeführt werden, nicht aber die Abhängigkeit der einzelnen Arbeiter von den Ober-sägern, welche die Arbeit in Auftrag übernehmen und als Zwischenmeister die Arbeiter antreiben und ausbeuten bei dieser gefährvollen Arbeit. Unüberwindbar sind diese Hindernisse nicht. Mit patriarchalischer Zähigkeit hängt der Altbayer an den althergebrachten Ueberlieferungen; mit derselben Ausdauer und Zähigkeit aber auch an den geänderten Verhältnissen, sowie es gelungen ist, denselben von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit der neuen Organisationsform auf zentraler Grundlage zu überzeugen; und wenn die Sägearbeiter einmal begreifen lernen, daß die Herren Holzindustriellen der Sägeindustrie unter Leitung des Herrn Dr. Kreuzbauer, aus keinem anderen Holze geschnitten sind als die Herren in anderen Arbeitgeberverbänden, welche lediglich bedacht sind, jegliche Negung der Arbeiter niederzuhalten zu Gunsten des dreimal geheiligten Geldsackes und Profites, dann hat das letzte Stündlein der lokalen Sägerei geschlagen. Diese Aufklärung in die Reihen der Sägearbeiter zu tragen, sollte auch keine Zahlstellenverwaltung und kein Kollege erlahmen.

Agitation im 18. Gau.

Der Aufforderung des Verbandsvorstandes entsprechend, vor Einführung der Arbeitslosenunterstützung in jeder Zahlstelle eine Versammlung zu arrangieren, um über diesen neuen Unterstützungsweig nochmals eine Aussprache herbeizuführen, haben in allen Zahlstellen Versammlungen stattgefunden, bis auf Nürtingen und Weiblingen. Ersterer Ort hat eine Versammlung auf den 4. April bestellt, Weiblingen darf mit dem Arrangement einer solchen nicht länger säumen. In Hall, Lentkirch und Sulzbach war der Versammlungsbesuch ein mittelmäßiger, in Alperg, Gmünd und Ravensburg war er schlecht, in allen übrigen Zahlstellen konnten wir zufrieden sein. Die Alperger Kollegen dürften schon der Konkurrenz wegen, die ihnen die Buchhansarbeit macht, und die Gmünder Kollegen in Anbetracht ihrer Bewegung bei Haas & Weiser, besser an der Spitze stehen. Wenn ein auswärtiger Medner kommt, berufen die Ravensburger allgemeine Arbeiterversammlungen ein; jedesmal aber, wenn der Gauvorsteher als Referent vorgehen war, war die Fraktion der Holzarbeiter ziemlich stark vertreten. Warum war dies in der letzten so wichtigen Versammlung nicht der Fall? Gewiß, weil der Versammlungstag kein Samstag war? Wir meinen, bei den jetzigen Verhältnissen müßte jede Versammlung, gleichviel an welchem Tage sie auch einberufen ist und ob schönes oder schlechtes Wetter ist, sich eines guten Besuches erfreuen. Wenn wir flau werden, dann kann es auch bei uns heißen: „Wer nicht hören will, muß fühlen.“ Durch die Interesslosigkeit werden die Verhältnisse bekanntlich nicht gebessert.

Im Allgemeinen herrscht in unserem Gau ein guter Geist. Wir glauben nicht, daß wir durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung Mitglieder verlieren. Nicht nur über die Arbeitslosenunterstützung referierten wir, sondern wir zeigten den Kollegen, unter welcher schwierigen Verhältnissen und schweren Kämpfen sich unser Verband entwickelte. Wer angesichts unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse dem Verbandsunternehmen wird, wird sich selber untren. Wir können mit Recht behaupten, wir hatten in unserem Gau noch nie einen Gegner der Arbeitslosenunterstützung, sondern nur Gegner der höheren Beiträge. Der Gauvorstand hat beim Uebergang zu den neuen Verhältnissen keine Schuldigkeit gethan, mögen die Kollegen im Lande auch thun, was in ihren Kräften steht. Wir bitten noch, die Broschüre des Verbandsvorstandes: „Warum die Beitrags-erhöhung?“ auch den wankelmüthigen, mit Austrittsgedanken sich tragenden Mitgliedern zuzustellen.

J. A.: G. Raub.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die in voriger Woche versandte Broschüre: „Warum die Beitrags-erhöhung?“ wird nunmehr in die Hände der Mitglieder gelangt sein. In derselben sind die Aenderungen, welche die

Unterstützungs-Einrichtungen des Verbandes durch das neue Statut erfahren, im Einzelnen aufgeführt. Im Anschluß hieran wird noch auf die folgenden neuen Bestimmungen des Statuts aufmerksam, welche besonders die Lokalverwaltungen vom 1. April ab zu beachten haben:

1. Die Reiseunterstützung bleibt noch ein volles Jahr, d. h. bis 1. April 1904, völlig unverändert bestehen. Die Erhöhung derselben auf 4 % pro Kilometer resp. M. 1 pro Tag tritt zugleich mit der Arbeitslosenunterstützung erst am 1. April 1904 in Kraft. Dagegen hat die Vorschrift des § 89, daß solchen Mitgliedern, welche infolge eines Streiks abreisen, die Reiseunterstützung nach einer halbjährigen Mitgliedschaft zusteht, schon vom 1. April d. J. an Geltung.

2. Auch die Aufenthaltunterstützung (§ 19) tritt erst am 1. April 1904 in Kraft.

3. Die Bestimmungen über die Unterstützung in Sterbefällen für ledige Mitglieder, welche die Fürsorge für Angehörige übernommen hatten (§ 40), über den wiederholten Bezug von Umzugsunterstützung (§ 44), über die neue Nothfallunterstützung (§ 45) sowie über die gleichmäßige Höhe der Gemahregelten- und Streikunterstützung (§ 41) haben jedoch schon am 1. April d. J. Geltung erlangt.

4. Vom 1. April d. J. an sind sämmtliche Unterstützungen von dem auszahrenden Kassierer in das Mitgliedsbuch des Empfängers einzutragen (§ 51). In den neueren Mitgliedsbüchern sind hierfür besondere Rubriken vorgeesehen, dagegen können in den alten Büchern die beiden für „Bemerkungen“ bestimmten Seiten zu diesen Eintragungen benutzt werden.

5. Die Karenzzeit für die Streikunterstützung beträgt ab 1. April d. J. ein halbes Jahr. Nach einviertel-jähriger Mitgliedschaft kann die Hälfte der Unterstützung gewährt werden (§ 37). An Mitglieder unter einviertel-jähriger Mitgliedschaft wird keine Streikunterstützung mehr gezahlt. Auf diese Verlängerung der Karenzzeit machen wir, und zwar im Hinblick auf die zahlreichen Streikgesuche, hiermit besonders aufmerksam.

6. Beitragsfreie Wochen dürfen fortan in den Mitgliedsbüchern nur dann noch abgestempelt werden, wenn das Mitglied im Falle der Arbeitslosigkeit sich regelmäßig zur Kontrolle meldet, im Falle der Erkrankung die Dauer der Krankheit nachweist sowie auch dieselbe innerhalb 18 Wochen meldet (§ 12).

7. Mitglieder, welche Unterstützung beziehen, sind während der Dauer des Unterstützungsbezuges nicht beitragsfrei, sondern der fällige Beitrag wird ab 1. April d. J. von der wöchentlichen Unterstützung in Abzug gebracht (§ 42). Auch reisende Mitglieder haben, soweit sie Reiseunterstützung erhalten, am Schlusse jeder Woche den laufenden Beitrag zu entrichten. Ausgenommen ist nur die Streikunterstützung, sofern das Mitglied länger als eine Woche im Streik gestanden.

8. Das Restiren der Beiträge ist ab 1. April d. J. nur noch bis 8 Wochen zulässig (§ 55a), die Stundung der Beiträge ist in der Regel nur bis 12 Wochen gestattet (§ 13). Mitgliedern, welche über 8 Wochenbeiträge restiren, ist in jedem Falle die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu entziehen.

9. Der Antheil der Lokalkassen beträgt ab 1. April d. J. 25 pSt. der Beiträge, während den Gauvorständen 4 pSt. der im Gau gezahlten Beiträge zur Verfügung stehen.

Zum Quittiren des Eintrittsgeldes sind vom 1. April ab keine Marken mehr zu verwenden. Die Möglichkeit, hierfür wie bisher zwei Beitragsmarken zu verwenden, ist durch die Erhöhung des Wertbetrages derselben entfallen, und besondere Marken für das Eintrittsgeld einzuführen, haben Vorstand und Ausschuß abgelehnt, hauptsächlich aus dem Grunde, weil für das Quittiren des Eintrittsgeldes mittels Marken eine Nothwendigkeit nicht mehr vorliegt, da zur Kontrolle der Kassierer über richtige Buchung der Beitragsmarken die Zählung der vorhandenen und ausgegebenen Mitgliedsbücher genügt. Wir ersuchen also, bei Ansertigung neuer Mitgliedsbücher ab 1. April für das Eintrittsgeld (sowohl von männlichen als auch von weiblichen Mitgliedern) keine Marken mehr einzuliefern, sondern den Vorstand auf dem Titelblatt nur mit dem Markenstempel abzustempeln.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April einen wöchentlichen Lokaltbeitrag in angegebener Höhe nebst dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben:

Berlin	25 %	Köln	5 %
Charlottenburg	25 %	Magdeburg	5 %
Erfurt	5 %	Potsdam	5 %

Demzufolge haben ab 1. April die Mitglieder in Berlin und Charlottenburg einen Wochenbeitrag von insgesammt 60 %, in Erfurt, Köln, Magdeburg und Potsdam von insgesammt 40 % zu entrichten.

Desgleichen wird den Zahlstellen Bachmann und Niederfeld die Genehmigung erteilt, ab 1. April einen Lokaltbeitrag von 10 % pro Monat, der Zahlstelle Finsterwalde

einen solchen von 6 1/2 pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Diesigen Zahlstellen, welche ihren selbigen Sozialbeitrag auch nach dem 1. April weiter erheben wollen und dies dem Vorstand bis her noch nicht gemeldet haben, werden hierdurch nochmals aufgefordert, die Meldung umgehend nachzuholen, damit die erforderliche Genehmigung erteilt und entsprechende Bekanntmachung erfolgen kann.

Seit einigen Wochen reist der Maschinenarbeiter Alois Edw., geb. 11. 6. 70 zu Obersdorf in Oesterreich, ohne Mitgliedsbuch und beschwert sich bei den Zahlstellenverwaltungen, daß er wiederholt wegen eines Ersagbuches an den Vorstand geschrieben, aber noch keine Antwort erhalten habe. Da die schriftlichen Anfragen dieserhalb sich immer wiederholen, so geben wir hierdurch bekannt, daß Edw. seit dem Jahre 1899 nicht weniger als viermal ausgesteuert wurde. Diese Tatsache hätte uns natürlich nicht abgehalten, ihm das verlangte Ersagbuch auszustellen, wenn er unserer Aufforderung entsprochen und den Nachweis über seine letzte Beitragszahlung erbracht hätte. Seine ursprünglichen diesbezüglichen Angaben haben sich durch unsere Feststellungen als unrichtig erwiesen. Wir haben ihn keineswegs ohne Antwort gelassen, sondern bereits dreimal an die von ihm angegebene Adresse Nachricht gegeben, ohne allerdings von ihm die verlangte Auskunft zu erhalten. Wir ersuchen deshalb die Zahlstellen, an welche Edw. sich weiterhin noch wenden sollte, hiervon Notiz zu nehmen.

Die Ausgaber der Reiseunterstützung müssen wir wiederholt dringend ersuchen, den Mitgliedsbüchern der zureisenden Unterstützungsempfänger die nötige Achtsamkeit zu schenken und dieselben gegebenen Falles einer genauen Prüfung zu unterziehen. Zum Beweis für die Notwendigkeit dieser Mahnung wollen wir nachstehenden Fall aus der jüngsten Zeit anführen. In Schmolln wurde das dem Mitglied Wöhe gehörige Mitgliedsbuch Nr. 99 857 gestohlen. Der Dieb, ein angeblicher Tabakarbeiter Edwin Meckel, machte das Titelblatt durch Uebergießen von Stempelfarbe oder Tinte unleserlich und bewog darauf den Bevollmächtigten in Weiskensfeld, ihm ein neues Titelblatt aufzulieben, und zwar nunmehr ausgefertigt auf den Namen Meckel, zu welchem Zweck dieser seine übrigen auf diesen Namen lautenden Beglittungsstücke vorlegte. Auf dieses so gefälschte Mitgliedsbuch hat der Dieb alsdann in der Zeit vom 17. bis 28. März d. J. in den Zahlstellen Weiskensfeld, Berlin, Potsdam, Brandenburg, Genlin und Magdeburg insgesamt M. 8,87 Reiseunterstützung erhalten, bis ihm dasselbe in Hannover abgenommen wurde. Ähnliche Fälle kommen des Ofteren vor und sollten alle Unterstützungsausgaber veranlassen, jedes zweifelhafte Mitgliedsbuch anzuhalten und eventuell an uns einzusenden.

- Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: 74 246 Max Rieger, Drechsler, geb. 11. 12. 67 zu Freiburg i. Br. 109 678 Ernst Vogel, Tischler, geb. 6. 12. 76 zu Stargard. 125 248 Heinrich Schmidt, Tischler, geb. 28. 11. 82 zu Beneke. Stuttgart, den 28. März 1908.

Der Vorstandsvorstand.

Sterbefälle.

- Fritz Lehrfeld, Tischler, geb. 26. 5. 72 zu Rogenau i. Schl., gest. 21. 3. 03 zu Hinderjessen b. Birna. Wilhelm Veensee, Tischler, geb. 3. 12. 65 zu Haselberg, gest. 28. 2. 03 zu Charlottenburg. Eugen Dusste, Tischler, geb. 3. 4. 78 zu Stolp i. P., gest. 16. 3. 03 zu Stolp i. P. Emil Bräner, Tischler, geb. 12. 2. 69 zu Pr. Eylau, gest. 14. 3. 03 zu Stettin. Karl Zähne, Tischler, geb. 29. 8. 59 zu Stettin, gest. 18. 3. 03 zu Stettin. Ernst Louis Tenchert, Tischler, geb. 1. 8. 60 zu Zengelsb., gest. 29. 3. 03 zu Dresden. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Korreipondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bad Rißingen. Die Verhältnisse in der Wilm'schen Fabrik haben sich noch nicht gebessert, so daß es die Kollegen vorzogen, anderwärts Arbeit zu suchen. Die Akkordfrage sind aber auch zu niedrig angelegt, und muß man sich wundern, daß die Kollegen überhaupt auf solche Akkorde eingingen, wußten sie doch im Voraus, daß die Maschinen nicht so ausgenutzt werden konnten, wie es notwendig ist, weil dieselben nur ein oder zwei Tage in der Woche laufen. Herr Wilm hat nun selbst eingesehen, daß es so nicht weiter gehen könne. Die Wilm'schen glücklicherweise Taubenschlag und kann Herr Wilm nur weiter bestehen, wenn er einen Stamm gut eingeschulter Arbeiter bekommt; dies ist aber nur möglich, wenn W. anständige Löhne bezahlt, die in Rißingen (als Badeort) zum Leben notwendig sind. Herr W. versprach von jetzt ab in Lohn arbeiten zu lassen, da er die Arbeit doch bezahlen müsse, die ihm unter den bestehenden Verhältnissen liegen geblieben ist. Es liegt dies nun an den Kollegen selbst, jeden Kollegen, der bei W. in Arbeit tritt, darauf aufmerksam zu machen, daß er unter keinen Umständen in Akkord arbeitet, weil in den anderen Fabriken

und Werkstätten ebenfalls in Lohn gearbeitet wird. Aber andererseits ist es Aufgabe der Kollegen, dahin zu wirken, daß eine gleichmäßige Arbeitszeit eingeführt wird. In den Fabriken 57 Stunden, bei den Kleinwerkstätten 66 Stunden pro Woche, der Unterschied ist zu groß, und mit Recht wird uns von den Fabrikanten vorgehalten, daß sie mit der Konkurrenz der Kleinwerkstätten zu rechnen haben. Also, Kollegen, mollet ihr, daß sich die Verhältnisse in Rißingen bessern sollen, so muß jeder organisierte Kollege seinen indifferenten Nebenarbeiter aufzuklären suchen oder mindestens in die Versammlung mitbringen. Die Verhältnisse in Rißingen beweisen es nur zu deutlich, daß nur mittelst der Organisation eine Besserung eintreten kann, und das ist dort um so eher möglich, wenn die Kollegen den ersten Willen haben und die richtige Zeit dazu wählen. St.

Berlin. Die öffentliche Stellmacher-Versammlung, die am Sonntag, den 1. März, stattfand, beschäftigte sich mit dem Vorkommnisse in der Stellmacher-Innungskrankenkasse. Wie schon in der „Holzarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wurde, hat sich der Kassierer der genannten Klasse, ein ehemaliger Stellmachermeister Saeger, in vielen Fällen aus den Mitteln der Kasse bereichert, indem er Kassenscheine fälschte. Aus den Darlegungen des Vorstandsmittelgehilfen Lemke ist hervorzuheben, daß die Mitglieder der Klasse schon vor Jahren die Anstellung eines anderen Kassensführers verlangt hatten. Die Innungsmeister hatten ihn jedoch gehalten, weil man sich angeblich einen besseren Kassierer als Saeger nicht wünschen könnte. Die Herren hätten allerdings gewußt, was sie an ihm hatten, denn Saeger sei den Wünschen der Innung stets entgegengetreten und habe gewissermaßen als lebendige schwarze Liste gedient. Die Innung habe dem Herrn gegenüber stets eine gewisse Nachsicht walten lassen. Die Klasse, die einen Reservefonds von M. 10—12 000 haben soll, sei trotz ihres langen Bestehens nie über M. 8000 hinausgekommen. Somit schreibe die Behörde bei Krankenkassen, die so schlecht ständen, bald ein, hier, wo es sich um eine Innungskasse handelt, habe sie noch nichts getan. Die Kollegen der Klasse hätten wiederholt die Auflösung und den Uebertritt zur Ortsklasse der Stellmacher angeregt. Die Innung weigerte sich aber, dem Antrage stattzugeben, mit der Motivierung, sie wolle nicht wieder Scherereien haben. Mit diesen Scherereien meinten die Herren die Tatsache, daß der Kassierer der Ortskrankenkasse in strengster Erfüllung seiner Pflicht unnachlässig gegen die Meisteranten unter den Meistern vorgegangen sei. — Herr Saeger, der bereits im November d. J. der Staatsanwaltschaft angezeigt wurde, soll jetzt inhaftiert worden sein. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der den Kranken Kollegen zum Vorturf gemacht wurde, daß sie die Scheine unterschrieben hätten, bevor Saeger die Summe hineinschrieb. Dadurch sei es S. nur möglich geworden, höhere Sätze als ausbezahlt wurden auf den Scheinen zu vermerken und den Mehrbetrag einzufordern. Ringer betonte noch, daß der Magistrat als Aufsichtsbehörde beim Vertreter bei der Revision die Fehler auch nicht gefunden habe. Die Versammelten sprachen in einer Resolution einstimmig ihre Entrüstung aus über die Vorkommnisse in der Innungskrankenkasse und verpflichteten sich, dahin zu wirken, daß die Innungskasse aufgelöst und ihre Mitglieder der Ortsklasse zugeführt würden. Daraus wurden Brandenburgerangelegenheiten besprochen. Es wurde festgestellt, daß wir das, was wir 1900 errungen haben, vielfach wieder verloren haben. Wenn man sich die Branche der Stellmacher nähert, sieht man, daß es sehr bedauerlich ist, welche Zustände hier existieren. In den meisten Werkstätten ist wieder die zehn-stündige Arbeitszeit am Plage, auch die Löhne sind wieder zurückgegangen. Löhne von M. 16—20 sind häufig, Löhne von M. 25 nur selten. Nur Einzelne verdienen mehr, dann aber nur durch ihr Wühlen. Diese Lohnverschlechterung ist nur eine Folge des starken Zuganges nach hier. Stellmacher lernen auf dem Dorfe oder in der kleinen Stadt. Wenn sie angelernt haben, dann bekommen sie Löhne von M. 2 bis M. 3 und gewöhnlich, wenn sie sich die Welt ansehen wollen, dann kommen sie nach Berlin. Hier denken sie große Reichthümer zu holen, denn sie denken Wunder, wie viel Geld M. 16 bis M. 20 sind. Damit kann man hier nicht weit kommen. Und sind sie längere Zeit hier, dann suchen sie ihr Fortkommen in einer anderen Branche, z. B. auf Treppengeländer oder in Tischlereien oder als Einleger oder Maschinenarbeiter, kurz und gut, in allen Branchen findet man Stellmacher, wo sie immer als Lohnkonkurrenten bezeichnet werden; und fordert man sie auf, der Organisation beizutreten, so haben sie immer den Einwand, sie haben kein Geld oder sie verdienen zu wenig. Daß aber durch die Organisation ein hoher Lohn zu erreichen ist, das ist ihnen unbegreiflich, sie sind mit Allem zufrieden, was ihnen geboten wird. Auch kommen sehr eigenartige Fälle vor. Vor Kurzem wurde ein Kollege entlassen, weil er die Frau des Meisters nicht geirrt habe. Das sind alles Fälle, die sich die Gesellen ohne Weiteres gefallen lassen. Sogar das alte Uebel ist hier noch am Plage, daß Gesellen in Kost und Logis arbeiten, wo sie gewöhnlich auf das Doppelte ausgebeutet werden. Es wäre nützlich, wenn sich die auswärtigen Stellmacher etwas mehr überzeugen würden, wie es in Berlin zugeht, dann würden sie nicht so große Sehnsucht nach hier haben. Es möge sich auch jeder etwas mehr um die Organisation kümmern, denn eine Agitation in der Stellmacherbranche zu entfalten, ist immer sehr schwer, denn es giebt sehr viele kleine Meister, die gewöhnlich ein oder zwei, höchstens drei Gesellen beschäftigen. Es ist dann immer etwas schwer, mit den Kollegen in Verbindung zu kommen. Nun ist hier in Berlin noch das Uebel mit dem Innungsnachweis der Stellmacher. Jeder Stellmacher, der nach Berlin kommt, setzt in diesem Arbeitsnachweis ein und von hier werden sie an die Meister geschickt, und was ihnen geboten wird, mit dem sind sie einverstanden. Darum, Kollegen, ist es notwendig, daß ein jeder der Organisation beitrete, um unsere Lebenslage zu verbessern und um die Uebelstände in unserer Branche abzuschaffen.

Gannstätt. (Berichtigung.) In dem Bericht von hier in Nr. 12 ist davon die Rede, daß hier „in einigen Werkstätten noch 11 Stunden gearbeitet werde“. Das ist ein Irrthum. Diese Behauptung gilt nicht für Gannstätt, sondern für Untertürkheim. Hier in Gannstätt beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden. Bemerkt werden mag zugleich, daß sämtliche in Untertürkheim beschäftigte Kollegen in Kost und Logis sind, und in der Regel bis Sonntags Nachmittags warten müssen, bis

ihnen der geringe Lohn ausgezahlt wird. Auch die christlichen Feiertage werden dem Wochenlohn in Abzug gebracht, obgleich die Arbeiter an diesen Tagen sozusagen nur halbe Beschäftigung erhalten. Nach einem Vortrage des Kollegen De r ließen sich mehrere Kollegen aufheulen.

Stimmischan. Der bei der Firma Rohland & Pohlend, Uhrgehäusefabrik hiersebst, wegen bedeutender Reduzierung der Akkordpreise am 28. Februar ausgebrochene Streik ist am 28. März wieder beigelegt worden, nachdem Herr B. sich bereit erklärt hat, folgende Forderungen zu bewilligen: 1. Zurückerstattung des angekündigten Abzugs. 2. Sofortiges Ausschlagen der Tarife für folgende Kategorien: Bildhauer, Schleifer, Vorarbeiter, Kastenmacher und Polirer. 3. Anerkennung des Arbeiterauschusses. 4. Vereinbarung der Akkordpreise mit den Arbeitern. 5. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks dürfen nicht stattfinden. An den Arbeitern liegt es nun, daß Erregung sich auch zu erhalten, was nur dadurch geschehen kann, daß die vor wie während des Streiks bekundete Solidarität und Energie auch später die Oberhand behält. Mögen die Kollegen ernstlich bestrebt sein, die Organisation auszubauen und zu stärken, die Säumigen stets anzurufen, dann wird auch das in früheren Jahren Abgezogene später wieder nachgeholt werden können. Die Holzarbeiter allerorts jedoch möchten wir bitten, Arbeitergesuche obiger Firma vorläufig nicht zu beachten; denn soweit wir Herrn B. kennen, müssen wir befürchten, daß er bei zahlreichen Arbeiterangeboten auch seine jetzt gegebene Zusage wieder zurückzieht. Darum Vorsicht. Für diesmal wäre ja das Aninnen des Herrn B. gründlich zurückgewiesen, dank der Einigkeit und Solidarität der Arbeiter, denn auch nicht ein einziger der Ausschüßigen ist abtrünnig geworden.

Dresden (Parketleger). Die Gleichgültigkeit der Kollegen hat zu manchen Umständen geführt. W. in die jetzige Lage der Partetbodenleger gebessert werden soll, so ist vor allen Dingen eine gute Organisation notwendig, ist es doch schon so weit gekommen, daß selbst maßgebende Firmeninhaber ihren Vögern gerathen haben: „Verzichten Sie sich doch und helfen Sie die Schmutzkonkurrenz beseitigen, damit bessere Zustände herrschen.“ Es ist ja jedem einseitigen Kollegen klar, daß die fortgesetzte Herabsetzung der Verkaufspreise nur auf Kosten der Arbeiter geschieht, aber selbst organisierte Legeer handeln gegen die Regel, ist es doch vorgekommen, daß ein immer korrekt handelnd tollerender Kollege zu Schreier dieses auf den Bau kam und sagte: „Höre, ich weiß, Du bekommst M. 1,17, aber ich brauche am Sonnabend M. 20, ich mache daher den Quadratmeter mit M. 1,05.“ Gewiß ist die Konkurrenz schlecht und können kleinere Firmen nur durch billige Arbeitskräfte sich über Wasser halten, jedoch sind selbst Legeer, die beim letzten Abwehrstreit umfielen, jetzt soweit, daß sie sagen: „Nun geht's aber nicht mehr“. Vor vier Jahren arbeitete eine Kommission einen Einheits-tarif aus, um dann gründlich damit hereinzufallen, weil die Legeer noch zu keiner Zeit ihre Lage begriffen hatten. Hat doch die Firma K. & S. demaskirt in Chemnitz und Baugen mit ihrer Submissionsarbeit abgefeilt, daß dieselbe keine bezartigen Arbeiten mehr bekommt, und was das Schöne ist, die Herren Legeer der Firma haben täglich 13—14 Stunden gearbeitet, also aus 1 Woche 1 1/2 gemacht, um keinem Arbeitslosen Beschäftigung zu gönnen. Von Seiten mehrerer Kollegen wurde der Verband heruntergerissen, was Kollegen Kanäle veranlaßte, den Partetlegern eindringlich ihre Sünden vorzuhalten und den Zweck und Nutzen des Verbandes zu erläutern, damit die ewige Stänkererei mal aufhöre. Nach erfolgter Neuwahl des Vertrauensmannes wurde kritisiert, daß die Firma Helfenbeder, wenn sie Bedarf an Leuten hat, annimmt, was sie gerade findet (Stellmacher, Warthelfer usw.), dort legt ein Eingeringter bei Stabboten die Doppelreihe und dann legen Andere hinterher für M. 18—22 Lohn pro Woche. Nach Wahl einer Kommission zur Unterstützung des Vertrauensmannes erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung (35 von 90 waren anwesend) um 12 Uhr.

Dresden. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung erörterte Kollege Ganske die am 1. April tretende Beitragserhöhung. Gleichzeitig richtet er die Frage an die Versammlung, ob der Lokalzuschlag von 6 1/2 pro Woche auch jetzt noch weiter erhoben werden soll. Ueber letztere Frage entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte. Kollege Kahle, Hürstennmacher, wendet sich entschieden gegen diesen Zuschlag. Seiten schon die Verbandsbeiträge so hoch, daß es Manchem schwer falle, auch wenn er wirklich von der Nothwendigkeit der Organisation überzeugt sei, dieselben regelmäßig zu entrichten, so solle man dieselben nicht noch durch Lokalzuschläge in die Höhe schrauben. Die meisten folgenden Redner sprechen sich für den Lokalzuschlag aus. Wir seien gezwungen, für einen Lokalfond Sorge zu tragen, andererseits aber auch, um die bisher getroffenen Einrichtungen am Orte hochzuhalten, was uns aber nicht möglich sei, wollten wir den Lokalzuschlag wieder abschaffen. Ein dahin gehender Antrag, den Zuschlag von 6 1/2 pro Woche auch ferner zu erheben, wird gegen eine Stimme angenommen. Unter Punkt „Gewerkschaftliches“ ist ein Antrag der Kontroll-Kommission Wischen eingegangen, bis zum 1. April 1904 eine freiwillige Arbeitslosenunterstützung in unserer Zahlstelle einzuführen. Zu diesem Zweck soll die Verwaltung von den sich daran beteiligenden Kollegen einen regelmäßigen Ertragsbeitrag von 25 1/2 pro Woche, und zwar vom 26. April bis 21. November, erheben. Die Unterstützung beträgt pro Woche M. 6, beginnt am 15. November und endet am 1. April 1904. Der Antrag wird der Verwaltung zur weiteren Ausarbeitung überwiesen. Doch soll zunächst eine Umfrage bei sämtlichen Mitgliedern gehalten werden, um festzustellen, ob sich die erforderliche Anzahl daran beteiligen wird, denn nur dann sei es möglich, an die Durchführung dieses Antrages zu denken.

Schlügen. Kollegen De r aus Gannstätt hielt hier vor circa 70 Kollegen einen sehr feilsällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Gründung des Holzarbeiterverbandes und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.“ In der Diskussion machte sich allgemein das Gefühl bemerkbar, daß die Arbeitslosenunterstützung eine Lebensfrage der deutschen Holzarbeiter sei und daß sehr Viele jetzt eifrige Verteidiger derselben seien im Gegensatz zu früher, wo sie sich ebenso scharf dagegen wendeten. Wir können nur wünschen, daß die dem Redner lebhaft Beifall zollenden Kollegen mit derselben Begeisterung unter den uns fernstehenden Kollegen agieren und dafür sorgen, daß die ausgespreute Saat reichlich Früchte trage. Mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. Es geht halt vorwärts.

Fürth. In der Eigenschaftsabrit von Lorenz Scheidig läßt die Behandlung der Kollegen sehr viel zu wünschen

Übrig. Die Lohnverhältnisse sind bezant, daß im ganzen Geschäft kaum ein selbstständiger Arbeiter zu finden ist, der nicht A 50 bis A 100 Schulden hätte. Die Alfordpreise werden einfach eingeschrieben, ohne daß mit den Arbeitern auch nur ein Wort darüber gesprochen worden wäre. Die Firmeninhaber samt ihrem getreuen Herrn Werner beabsichtigen, Preise einzuführen, wie solche in den sächsischen Stuhlfabriken für ganz einfache Stühle bezahlt werden. Die Herren wollen noch billiger produzieren, aber das Produkt muß natürlich bedeutend besser werden, aber Alles auf Kosten der Arbeiter. Der Verdienst der Polierer ist ein geradezu miserabler; hauptsächlich die Mahagoniarbeiten sind so schlecht bezahlt, daß es ein Arbeiter in 2 Stunden auf den horrenden Lohn von A 5,75 brachte, dazu mußte er aber noch das Material (Politur, Glaspapier, Öl, Spiritus etc.) im Werth von circa A 2 stellen. Was die Lieferung des Materials überhaupt anbetrifft, sind die Kollegen der Ansicht, daß sie dasselbe überall billiger kaufen könnten, ja, sie glauben, daß die Firma schon allein beim Handel mit Materialien ganz gut bestehen könnte. Bei der Firma Lorenz Scheidig ist es so eingerichtet, daß auf dem Preislorenz die Bezeichnungen mit Zinthe, die Preise selber aber mit Bleistift geschrieben sind, wenn dann eine Arbeit zum zweiten Male gemacht wird, kommt es vor, daß ein ganz anderer Preis, natürlich ein niedrigerer auf dem Preislorenz steht. Auch fehlt es an der nötigen Eintheilung der Arbeit. Da kommt es oft vor, daß drei Arbeiter dieselben Stühle machen, ein Jeder aber bloß zwei Stück, so daß immer Einer zum Andern laufen muß, was ja doch mit einigem guten Willen abgeändert werden könnte. Auch beim Zuschneiden wird das Holz so unvollständig geliefert, daß die Arbeiter jedesmal mehrere Stunden verlaufen müssen, bis sie ihr Holz beisammen haben. Auch ist als Uebelstand zu bezeichnen, daß die Arbeiter keinen festen Abschlag erhalten, die Firma schreibt einfach ein, was ihr gerade einfällt, beschwert sich dann ein Kollege, dann heißt es einfach: „Jetzt habe ich keine Zeit“, und die nächste Woche ist es dann wieder dasselbe. Die Kollegen veruchten, nach Beschluß einer Werkstättversammlung, durch Vorstellung der größten Missethäter abzustellen, es wurde ihnen auch durch Herrn Adolf Scheidig beigesteuert, wenn sein Bruder Ernst von der Reise komme, werde er die Kollegen wieder rufen, um die von ihm anerkannten Missethäter abzuschaffen; doch es kam anders, Herr Ernst Scheidig wurde jedenfalls noch während seiner Reise unterrichtet, und der bekannte Schaufmacher hat seinen Bruder veranlaßt, daß er Jedem mit Hinzuwerfen droht, der bei ihm nicht zufrieden ist, selbst wenn er schon 20 Jahre im Geschäft wäre. Nun, Herr Scheidig hat vor dem, was er erreichen wollte, das Gegentheil erreicht, er hat erreicht, was der Organisation durch Jahre lange Agitation nicht gelungen ist, daß nämlich die sonst indifferenten Kollegen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß, wenn es besser werden sollte, dies nur durch die Solidarität aller in der Organisation vereinigten Kollegen geschehen kann.

Partha. In der am 21. März im Hotel „Flemmingen“ abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche ziemlich gut besucht war, hielt der Kollege Deher-Geringswalbe, an Stelle unseres Gauvorsitzers einen Vortrag: „Ueber die Folgen der modernen Produktion und die Aufgaben des deutschen Holzarbeiterverbandes“. Veranlassung zu diesem Vortrage war die am 1. April in Kraft tretende Arbeitslosenunterstützung. Nebenher ging dann besonders auf die Arbeitslosenunterstützung ein, beleuchtete hierbei die Beitragshöhe anderer Gewerkschaften, wobei zu finden sei, daß je höher die Beiträge seien, desto weniger magten es die Unternehmer, die Arbeiter zum Streiken zu bewegen, weil sie wissen, daß sie eben da den gefüllten Kassen machtlos gegenüber stehen. Die Arbeitslosenunterstützung bewahre aber auch anderenorts die Kollegen vor der Lohnbrüdererei und mache es jedem Mitglied zur Pflicht, thätig für den Ausbau des Verbandes mitzuwirken, gleichviel, ob er sich mit der Arbeitslosenunterstützung befreunden könne oder nicht. Denn das demokratische Prinzip verlange, daß sich die Minorität der Majorität füge. Er hoffe, daß auch die hiesigen Kollegen dem Verbands treu bleiben mögen. In der sich hieran anschließenden sehr regen Debatte äußerten sich sämtliche Nebenher im Sinne des Referenten, obwohl sie erst Alle Gegner der Arbeitslosenunterstützung gewesen sind. Es wurde betont, daß der Verlust an Mitgliedern wohl ein sehr geringer sein werde. Beschlossen wurde noch, daß in jeder Versammlung verlesen werden soll, wie viel Kollegen aus den Werkstätten anwesend sind. Da ist es nun Pflicht aller Mitglieder und jeder Werkstätte, dafür zu sorgen, daß sie immer recht zahlreich erscheinen, damit ihnen nicht einmal die Mühe zu Theil wird, daß sie immer schlecht vertreten sind.

Kaiserlautern. In der Möbelfabrik des Herrn Graf haben sämtliche Kollegen, 24 an der Zahl, gekündigt, nur Einer, Namens Forster, ist stehen geblieben. Schon lange ist allseits bitter geklagt worden über die Behandlung, welche Herr Graf seinen Arbeitern gegenüber für angemessen hält. Als ehemaliger Unteroffizier glaubt er, es stände ihm gut an, wenn er seinen Arbeitern gegenüber denselben Ton anschlägt, wie ehemals seinen Rekruten gegenüber. Strafen und immer wieder Strafen für jede Kleinigkeit, das ist bei Herrn Graf etwas Alltägliches. Von 10 1/2 an bis zur Hälfte des Tagelohnes werden dieselben festgesetzt. Eine Beleidigung der Arbeiter ist das ihnen gegenüber beobachtete Mißtrauen seitens des Herrn Graf. Mühte doch vor kurzem ein Arbeiter den Mund öffnen, damit Herr Graf sich von dem Bahngleisen überzeugen konnte; Andere wieder müssen sich immer Visitationen unterziehen, wenn sie eine Kaffeeflasche in der Tasche haben oder eine alte Hose, eingewickelt in Papier, unter dem Arm tragen. Die Alfordpreise sind in den letzten Jahren ständig reduziert worden, sie sind auf einen Stand gekommen, daß es geradezu unmöglich ist, einen zum Leben notwendigen Lohn zu verdienen. Wochenverdienste von A 28, 27, 26, ja sogar A 22 in 14 Tagen find keine Seltenheiten. Einige ausnahmsweise tüchtige Arbeiter, die mehr verdienen, sind ja vorhanden, und mit diesen geht Herr Graf stetig kreben. Zum Beweise, daß hier nicht satt zu werden ist, einige Preise: Küchenschrank mit drei Schubladen, gefraisten eichenen Füllungen, außen abgeplattet, A 5,40 derselbe in reichere Ausführung mit sieben Schubladen, fünf Thüren, Fliegenstrank A 9,75; Vertikow, weiß, mit Aufsatz (drei Tabletten, zwei Füllungen und Spiegel) A 6,80; Vertikellen A 1,10; Kleiderchränke, 1,40 Meter breit, A 7,80, eichene Bettstellen, geölt, A 5; dieselben ganz poliert A 9,20. Dabei ist die

Maschinenarbeit, namentlich Fraissarbeit, in einem oft ganz unbrauchbaren Zustand. Auch das Rohmaterial (Holz) läßt oft zu wünschen übrig; das Werkzeug ist gleichfalls sehr mangelhaft. In einer Werkstättversammlung der Schreiner wurde beschlossen, Herrn Graf folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Erhöhung der Alfordpreise um 15 pZt. 2. Anstellung eines Verleimers, wie früher. 3. Einschränkung der Strafen bezw. Abschaffung derselben, soweit sie gegen die Gewerbeordnung verstößen. (Solche dürfen selbstverständlich nicht verhängt werden, ist das doch geschehen, mag der Gewerbeinspektor sich einmal das Strafverzeichnis vorlegen lassen. Die Red.) 4. Garantie des Tagelohnes bei neu eingeführten, nach Zeichnung anzufertigenden Arbeiten. Herr Graf erklärte nach zwei Tagen, daß er darauf nicht eingehen könne (einzelne Alfordsätze wollte er aufheben). Am anderen Tage wurde daraufhin, wie schon oben erwähnt, die Kündigung eingereicht. Da der Zugang nach hier ohnehin kein großer ist und die Schreiner am Orte es unter ihrer Würde halten, den Streikenden in den Rücken zu fallen, dürften die Differenzen bald beendet sein. Das Bezirksamt hat bereits Versuche zur Einigung unternommen, auch bezüglich der Strafen Erklärungen abgegeben. Nicht der hiesigen Holzarbeiter ist es, sich endlich des Verbandes zu erinnern und ihre Lautheit und Gleichgültigkeit gegen ihre ureigensten Lebensinteressen abzuschütteln, damit endlich auch hier einigermaßen menschenwürdige Zustände geschaffen werden können.

Viegnitz. Seit Bestehen des deutschen Holzarbeiterverbandes hat die Zahlstelle Viegnitz durch die Lokalabtheilung sehr zu leiden gehabt. In den ersten Jahren hatten wir ein Lokal, in welchem höchstens 80 Kollegen Platz finden konnten, und in den letzten 2 Jahren gar nur ein Lokal, welches nur 40 Kollegen aufnehmen konnte. Unter solchen Verhältnissen konnte eine rege Agitation nicht entfaltet werden. Seit dem 1. März d. J. ist das anders geworden, die Gewerkschaften von Viegnitz haben sich ein eigenes Heim erworben; das Restaurant Sanssouci ist durch Kauf Eigentum der Gewerkschaften geworden. Das war für die Holzarbeiter eine große Nothwendigkeit, denn eine öffentliche Holzarbeiterversammlung konnten wir früher überhaupt nicht einberufen, und die Mitglieder hatten in ihrem Vereinslokal auch nicht Platz. Jetzt ist dem Uebel abgeholfen, und die Ortsverwaltung hat auch schon die nötige Agitation entfaltet. Am 14. März hatten wir die erste Mitgliederversammlung, verbunden mit einer Branchenversammlung der Stodarbeiter, im neuen Vereinslokal. Die Versammlung war gut besucht, nicht aber von den Stodarbeitern, diese hatten es vorgezogen zum Unterhaltungsabend des Gesangsvereins zu gehen und so war das Resultat von der Branchenversammlung gleich Null. Kollege Hildebrandt aus Berlin hielt einen lehrreichen Vortrag, konnte aber keinen von den 16 anwesenden Stodarbeitern zur Organisation bewegen. Beschäftigt sind hier 90 männliche und 30 weibliche Arbeiter in der Stodbranche. Die Stodarbeiter sind hier nur alle Theilhaber und glauben, die Organisation habe für sie keinen Zweck, weil sie, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird, nicht mehr als Stodmacher arbeiten können, da nur eine Stodfabrik hier am Orte ist. Am 23. März, war eine allgemeine Holzarbeiter-Versammlung einberufen worden, in welcher unser Gauvorsitzer Karl Dietrich einen Vortrag hielt über „Die Entstehung der Gewerkschaften und wie haben dieselben ihre Aufgaben bisher erfüllt?“. Der interessante Vortrag, welcher 1 1/2 Stunden dauerte, fand lebhaften Beifall. In beiden Versammlungen wurden mehrere Aufnahmen erzielt. Nun, Kollegen von Viegnitz, jetzt liegt es an Euch, daß auch Ihr eine rege Agitation entfaltet unter Euren Mitarbeitern, denn die Ortsverwaltung ist nicht allein im Stande, diese Arbeit zu verrichten, sie bedarf Eurer Hilfe, wenn die Organisation eine starke werden und die Arbeitsverhältnisse am Orte einer allgemeinen Verbesserung unterworfen werden sollen. Nun noch ein Wort an die Mitglieder, welche keine Versammlungen besuchen und ihre Kritik an der Organisation in der Werkstätt üben; Euch rufen wir zu: kommt in die Versammlungen und Ihr werdet eines Besseren belehrt werden. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die mit ihr verbundene Beitragserhöhung ist auch für diejenigen von Vortheil, die da glauben, wir brauchen diese Einrichtung nicht. Sie sollen nicht vergessen, daß durch das große Angebot der Arbeitskräfte, so Mancher aus dem festen Sattel, in dem er zu sitzen glaubt, herausgehoben wird. Also, Ihr Kollegen, wir rufen Euch zu: haltet fest zusammen und werbt neue Mitglieder, dann können auch wir einmal daran denken, Forderungen an das Unternehmertum zu stellen. Den Mitgliedern noch zur Nachricht, daß die Ortsverwaltung einen Kontrollschein eingeführt hat. Allen Mitgliedern, welche in den Versammlungen erscheinen, wird hierüber auf dem Kontrollschein quittirt. Der Zweck soll sein, einen besseren Besuch der Versammlungen zu erzielen. — Mitgliedsbücher sind stets mitzubringen.

Neuhäusen i. S. In der Seifert'schen Stuhlfabrik herrschen Uebelstände der mannigfachen Art. Herr S. behauptet gegenüber Jedem, der es hören will, daß er den höchsten Lohn zahle und die Arbeiter, die es doch wissen müßten, klagen über gar zu niedrige Löhne. Allerdings giebt Herr S. Arbeitern, die anfangen, immer Vorschüsse, zieht aber nachdem immer beliebig ab, so daß äußerst wenig an Lohn übrig bleibt. Da wäre es doch besser, Herr S. würde das Vorschussgeben einschränken und auskömmliche Preise für die Arbeit zahlen, dann werden sich die Arbeiter mit dem Verdienst einrichten und nicht in Schulden und in Abhängigkeit von Herrn Seifert kommen. Im Uebrigen wäre Herr S. zu rathen, sich den Arbeitern gegenüber einer ausdauernderen und humaneren Verhandlungsweise zu bedienen, und den Arbeitern des Herrn S. festes Zusammenhalten, damit die erwähnten Missethäter beseitigt werden können. Des Weiteren bitten wir, die Seifert'sche Werkstätt nicht zu überlaufen, damit dem Herrn nicht noch mehr der Stamm schmilzt.

Obernhau. Kollege Roske aus Chemnitz sprach hier in trefflicher Weise über: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage des arbeitenden Volkes“. Hierauf wurden die in einer hiesigen Stuhlfabrik vorhandenen Missethäter einer Kritik unterzogen und den anwesenden nichtorganisirten Kollegen nahegelegt, daß, wenn sie Besserung erhofften, dies doch nur durch die Organisation möglich sei.

Ronneburg. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Kollege Werner-Gera über die Erhöhung der Beiträge. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann die Frage angeschnitten, daß es eine konsequente Handlung des Hauptvorstandes sein würde, wenn den organisirten selbstständigen Kollegen, die Arbeitslosenunterstützung als Krankenzuschuß ge-

währt würde, denn warum sollten sie immer nur diejenigen sein, die keinerlei materiellen Vortheil vom Verband haben können, hier sei einmal Gelegenheit vorhanden auch der kleinen Anzahl Selbstständiger, die sich als sogenannte „Muhmeister“ meistens noch länglicher durchschlagen müssen als die Gesellen, etwas zu bieten. Es wäre recht erwünscht, wenn auch die Kollegen im Allgemeinen einmal diese Frage diskutieren würden. Auf dem nächsten Verbandstage könnte dann die Angelegenheit mit durchberathen werden. Am Schlusse der Versammlung wurde dem Kollegen Werner für seine sehr instruktiven Ausführungen Beifall gesendet. Bezüglich des Streiks liegt die Sache noch beim Alten. Ein Kollege arbeitet auf dem Lande zur Ausshilfe, während der Kollege Schüge noch immer arbeitslos ist. **Stettin. (Korbmacher.)** Wie sehr die Krise auch in unserem Gewerbe sich fühlbar gemacht hat, geht daraus hervor, daß von den vor zwei Jahren beschäftigten 80 Kollegen nur noch 55 vorhanden sind. Hier und in der Umgegend kommt nur noch Grünarbeit in Betracht. Auf Weikarbeit wurden früher in Stettin 80 bis 40 Mann beschäftigt, seit Stettin Großstadt ist nur 6—7. Alle diese Arbeiten lassen sich sowohl die Meister als auch die Hauptarbeiter noch auswärts schicken. Ballonkörbe (früher die Hauptarbeit) werden wenig mehr angefertigt. Eine chemische Fabrik (Altdamm) hat ihren Betrieb ganz eingestellt. Auch die Pommerendorfer Fabrik beschäftigt nur noch 3—4 Mann, früher 8. Auch Körbe zum Löschen der Schiffe werden wenig angefertigt. Mit dem Fertigwerden der Verbandkörbe (zu Kartoffeln, Obst etc.) wurde vor einigen Jahren frühestens im April begonnen; die größeren Unternehmer fangen jedoch jetzt schon vor Weihnachten an und die kleinen Meister helfen deren Vorrath vergrößern, wenn sie selbst keinen Absatz an Körben mehr finden, d. h. sie arbeiten für die größeren Unternehmer und tragen dazu bei, daß, wenn die Arbeit sonst Mitte Juni begann, zu der Zeit Tausende von Körben vorrätzig liegen, also von der günstigen Periode Niemand etwas merkt. Diese Periode wird von den Meistern weiblich ausgenützt. Der von uns vor drei Jahren vereinbarte Tarif wird zwar noch überall bezahlt (mit Ausnahme von Altdamm, wo der Lohn schon seit längerer Zeit gekürzt ist), aber die Meister liefern ein sehr schlechtes Material, so daß die bei der Verarbeitung verwendete Mehrarbeit einer Lohnreduktion gleichkommt. Es wäre wahrlich dringend nothwendig, daß die uns noch fernstehenden Kollegen sich dem Verbands anschließen würden, damit Besserung geschaffen werden könne. Infolge des Stalltarifs, der eine Erhöhung der Lebensmittelpreise vorseht und mit Hilfe der Arbeitgebervertreter geschaffen wurde, wird unsere Lage noch trauriger werden. Kollegen, seht einig, damit wir soweit möglich eine Verschlechterung abwehren können. Sinein in den deutschen Holzarbeiterverband!

Strasbourg i. E. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am 24. März im Saale der „Sonne“. Dieses war von mindestens 400 Straßburger Schreiner besucht; stand doch auf der Tagesordnung, die bevorstehende Lohnbewegung. Die Teilnehmer waren alle von einem guten Geiste für die in Aussicht genommene Sache befeuert. Der Referent, Kollege Meyer, entledigte sich seiner Aufgabe in der bekannten kerrigen Art auf das Vorzüglichste. An der Hand eines umfangreichen Materials kritisierte er eingehend die Verhältnisse im Straßburger Schreinergewerbe, besonders in Bezug auf Arbeitszeit, Raum, Licht und Luft, demnach haben von 800 Schreiner-gehilfen nur etwa 800 eine 10 stündige Arbeitszeit, die Uebrigen arbeiten 11 sogar bis 13 Stunden, und wie steht es mit dem Lohne? Der Durchschnittslohn beträgt nach einer vom Gewerkschaftsamt aufgestellten Statistik A 18; in denjenigen Werkstätten, die die kürzeste Arbeitszeit haben, ist der Lohn bedeutend höher als in denjenigen, wo 13 Stunden geschuftet wird; so zahl der Meister einer dieser Wuben einen Höchstlohn von 28 1/2 pro Stunde, als Mindestlohn sage und schreibe zehn deutsche Reichspfennige pro Stunde, es sind nicht weniger als 50 Schreiner bei der Ortskrankenkasse angemeldet, die einen Taglohn von weniger als A 1,50 verdienen. Das sind gewiß schöne Löhne. Von den etwa 200 hiesigen Werkstätten sind nur zwei, die auch nur einigermaßen den modernen Anschauungen entsprechen. Von Ventilationen sei auch nirgends etwas zu sehen; es giebt Werkstätten, die eine Höhe von nur 2,20 m haben, auch für das nötige Trinkwasser ist in keiner Weise gesorgt; selbst die Abortverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Hier nur ein Beispiel. Bei einer solchen Werkstätte befindet sich der Abort gerade neben einer Treppe, die von sämtlichen Bewohnern des Hauses benutzt wird. Als Thür zu diesem Abort dient ein vorgehängter Saft. Das solche Zustände zu Unzutraglichkeiten führen, ist selbstverständlich. Zwar existieren ein paar Schutzbedingungen, die durch die Gewerbeordnung festgelegt sind, doch weiß der Arbeitgeber dieselben regelmäßig auf's Feinste zu umgehen. Auf den Kernpunkt seines Referats übergehend, betonte der Referent, daß sich der Arbeiter nur durch eigene Kraft solchen Zuständen gegenüber helfen kann, indem er sich solidarisch mit seinen Kollegen erklärt, der Organisation beiträgt und sich mit ihnen um gemeinsame Forderungen einigt. Die bei der in Aussicht genommenen Lohnbewegung aufgestellten Forderungen sind folgende: 1. Eine gleichmäßig geregelte Arbeitszeit von zehn Stunden. 2. 1 1/2stündige Mittagspause. 3. 15 prozentige Lohn-erhöhung. 4. Abschaffung aller Ueberstunden, jedoch in unabwiesbaren Fällen ein Zuschlag von 20 1/2 pro Stunde. 5. Anerkennung des sächsischen Arbeitsnachweises. Diese Forderungen sind gewiß recht beläseln und kann bei nur einigermaßen guten Willen, eine Verständigung mit den Unternehmern herbeigeführt werden. In der sehr lebhaften Diskussion kam es zu einem kleinen Resonanz mit dem überwachenden Polizeikommissar. Nach einer Aeußerung des stellvertretenden Geiler, wonach die Regierung Hand in Hand mit dem Unternehmertum in der Unterdrückung der Arbeiter gehe, erhob sich derselbe und erklärte: „Ich erhebe Protest gegen diese Aeußerung; die Regierung unterdrückt die Arbeiter nicht.“ Und als ein weiterer Diskussionsredner einen Unternehmer bei Namen nannte, der eine Aeußerung einem kranken Arbeiter gegenüber that, die eine Gefühlshöheit souverägleichen beweist, trat derselbe als Schutzengel der Unternehmer auf und verbot, den Namen zu nennen. Ob der Herr Kommissar dem Letzteren einen Dienst damit erwiesen hat, lassen wir dahin gestellt. In seinem Schlusswort forderte der Referent die Anwesenden in beredten Worten auf, fest und treu zur Organisation zu halten; sich in den nächsten Tagen und Wochen ruhig und sachlich zu verhalten, und sich durch die allenthalben beliebigen, ipisindigen Medienarten der Meister nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen. Der Kampf hat nun durch die Proklamirung unserer Forderungen begonnen, beweist nun, wenn uns die Meister zum Aeußersten treiben, daß sie

einer festgeschlossenen Organisation gegenübersehen, die den Sieg über sie davon tragen wird.

Dieser 1. Akt. Nachdem vor nunmehr 24 Jahren und öfter später wieder der Versuch gemacht wurde, am hiesigen Orte eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in's Leben zu rufen, alle Versuche aber an der Lokalfrage scheiterten, ist es nunmehr geglückt, festen Fuß zu fassen. Am 16. März tagte zwecks Gründung einer Zahlstelle die erste gut besuchte Versammlung. Kollege Hinder's Kreisfeld referierte. Eine zweite Versammlung folgte schon am 22. März. In Begeisterung sprach Kollege Gariung-Elberfeld über das Thema: „Die Notwendigkeit und der Wert der gewerkschaftlichen Organisation“. Redner gab einen kurzen Umriss über die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, schilderte überhaupt die durch die gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Notwendigkeit der Schaffung von Berufsorganisationen für die Arbeiter und legte durch reiches statistisches Material dar, welche Vorteile der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern zu leisten, bisher schon im Stande war. Die Tatsache, daß die Arbeiter nur auf ihre eigene Kraft angewiesen seien zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, müsse einem jeden Veranlassung genügen sein, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. Die Diskussion, an welcher sich eine Reihe von Kollegen beteiligten und die Tatsache, daß sich schon ein Stamm von älteren Verbandskollegen am Orte befindet, läßt das Beste für die Fortentwicklung der jungen Bewegung hoffen. Es wurde denn auch einstimmig beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen und sofort die Ortsverwaltung gewählt. Mit 28 Mitgliedern beginnt die junge Zahlstelle ihren Lauf. Wir hoffen, daß auch die noch fernstehenden Kollegen sich derselben anschließen werden, denn wahrlich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Wierßen sind nicht dazu angethan, die Hände in den Schooß zu legen und die Zugehörigkeit zur Organisation zu erkränzen. Deshalb hinein in den Verband.

Wanne. Am 22. März fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, welche von fast sämtlichen Holzarbeitern am Orte und der Umgegend besucht war. Herr K u r t s e l l e Rönin verbreitete sich in einem längeren Vortrage über die Notwendigkeit der zehnstündigen Arbeitszeit. Gewerkschafter, Kollege August H a r t u n g, machte einige Ergänzungen und schloß mit einem Appell an die Indifferenten, sich der Organisation anzuschließen. Einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen, nach der die Versammlung sich mit der Forderung auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit unter Wahrung der bisherigen Tagesverdienste einverstanden erklärt. Wörtlich heißt es dann: Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Forderung nicht nur berechtigt, sondern auch ohne Nachteil für die Arbeitgeber durchführbar ist, wie das ja auch von einer Reihe Arbeitgeber bestätigt wird, welche schon seit Jahren nicht nur die 10 stündige, sondern sogar die 9 stündige Arbeitszeit mit gutem Erfolge eingeführt haben. Auch wird von allen Sozialpolitikern eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit, als im Interesse eines gesunden sozialen Fortschrittes gelegen, verlangt. Die Versammlung spricht daher die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber und Meister in friedlicher Weise den Gesellen entgegenkommen. Sollte dieses nicht der Fall sein, so verpflichten sich die Anwesenden, mit allen erlaubten Mitteln für die Durchführung der Forderung einzutreten. Am darauf folgenden Dienstag wurde dann von der Firma W i l h e l m & C o. drei Kollegen gekündigt. Die anderen Kollegen erblickten darin eine Maßregelung und reichten darauf sämtlich bis auf vier die Kündigung ein. Wir bitten deshalb alle Kollegen Deutschlands, den Bezug nach Wanne streng fernzuhalten.

Eingekandt.

Aufruf an alle in der chirurgischen Branche thätigen Kollegen.

In der Nr. 23 der Holzarbeiter-Zeitung vom 8. Juni 1902 richteten wir von Kassel aus ein Mahnwort an die in der chirurgischen Gummwarenbranche beschäftigten Kollegen Deutschlands, in dem wir die Gründe ausführlich darlegten, die es uns als unerlässlich und hochnotwendig erscheinen ließen, daß die Kollegen dieses Berufes in den verschiedenen Orten mehr Fühlung mit einander suchen müßten als bisher. Die Kasseler Kollegen glaubten um so mehr eine soziale Pflicht damit erfüllen zu sollen, als sie selbst im Laufe der letzten Jahre die Folgen kapitalistischer Entwicklung auch in der chirurgischen Branche hatten spüren müssen. Die Zuschriften einiger Kollegen von auswärts bestärkten uns in der Überzeugung, daß auch der Hauptvorstand seine Aufmerksamkeit auf die Zustände in unserem Gewerbe einmal speziell richten müsse, und forderten ihn auf, uns bei unserm Vorgehen in diesem Sinne zu unterstützen. Der Hauptvorstand versanftete daraufhin statistische Erhebungen über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der in unserem Beruf thätigen Kollegen. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht worden. Kollegen! Obgleich das Resultat, das in den Büchern dieser Umfrage uns vor Augen geführt wird, recht düstern zu nennen ist, so giebt es uns doch einen bedeutsamen Fingerzeig, nach welcher Richtung wir hier weiter zu arbeiten haben. Wenn ich schon von vornherein der Meinung war, daß es von großem Nutzen sei, wenn eine gegenseitige persönliche Aussprache der Kollegen unseres Berufes möglich gemacht werden könnte, so haben gerade die Ergebnisse der statistischen Umfrage mich erst recht in dieser Überzeugung befestigt. Ich halte nach wie vor eine Konferenz von Vertretern der chirurgischen Gummwarenbranche für eine dringende Notwendigkeit. Es handelt sich nun zunächst darum, unseren Hauptvorstand von der Notwendigkeit dieser Konferenz zu überzeugen. Kollegen, es ist unnötig, hier noch einmal alle Gründe, die für eine solche Zusammenkunft sprechen, einzeln zu erörtern, sondern der Zweck dieser Zeilen soll vielmehr d e r sein, Euch aufzufordern, durch Handgebung an dieser Stelle oder durch Zuschrift an den Hauptvorstand Wünsche, Material und Forderungen für die Tagesordnung einer solchen event. Konferenz Eurer Zustimmung, Euer Einverständnis erkennen zu lassen. Wird dadurch dem Arbeitsplan einer solchen Konferenz greifbare Gestalt gegeben, und wird der Hauptvorstand davon überzeugt, daß wir nicht nur zusammenkommen wollen, um uns gegenseitig unsere Noth zu klagen und dann wieder nach Hause zu gehen, sondern daß wir ernstlich bestrebt sind, positive Arbeit zu leisten, dann, meine ich, wird es uns für das Zustandekommen einer solchen Zusammenkunft die Mittel und Unterstützung nicht versagen. Um aber den Kollegen schon jetzt eine sachliche Andeutung für den Arbeitsplan der Konferenz zu geben, lasse ich hier den ungefähren

Entwurf einer vorläufigen, provisorischen Tagesordnung folgen, so wie ich sie mir am praktischsten denke und fordere die Kollegen auf, bei Ihren Vorschlägen und Forderungen darauf Bezug zu nehmen.

Tagesordnung für die Konferenz der Hartgummil Arbeiter und Instrumentenmacher in der chirurgischen Branche: 1. Konstituierung der Versammlung. 2. Die Ergebnisse der vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlichten statistischen Erhebungen in der chirurgischen Branche. (Referat.) 3. Die Verschiedenartigkeit der Herstellungswiese der Produkte in unserer Branche und ihre Wirkung auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. (Referat.) 4. Ist die Schaffung eines einheitlichen Akkordtarifes in unserem Beruf möglich? (Referat und Korreferat.) 5. Entwurf eines einheitlichen Akkordtarifes für die Zukunft.

Wir fordern die Kollegen in der chirurgischen Branche auf, uns energisch und schnell in oben angezeigten Sinne zu unterstützen, damit möglichst bald eine Konferenz einberufen werden kann, die es uns möglichst machen soll, endlich einmal gründlich die notwendigen Mittel und Wege zu beraten, damit die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen in der chirurgischen Branche nicht noch mehr auf die abschüssige Bahn gerät als es schon bisher geschah. Mit kollegialem Gruße

Franz Sieberleben,

zur Zeit in Stuttgart, Admstr. 56, 4. Et.

Alle etwaigen Zuschriften oder Anfragen bitte ich an Unterzeichneten oder an den Hauptvorstand zu richten.

An die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Hannover-Linden.

Werthe Kollegen! In nachstehendem unterbreiten wir Euch eine Angelegenheit, welche so wichtig ist, daß Jeder, welcher diese Zeilen zu Gesicht bekommt, sie mit Aufmerksamkeit lesen soll, und dann erst abwägen, ob und inwieweit er sein Urteil in die Waagschale werfen soll. Handelt es sich doch darum, daß wir ab 1. April d. J. den Verbandbeitrag in Höhe von 45 M zahlen wollen, und damit die eingeführte Arbeitslosenunterstützung, welche ab 1. Januar gezahlt wird, auch weiter zahlen zu können. Sonst würde, wenn der Beitrag nur 35 M betragen soll, die Unterstützung am 1. April wegfallen. Und das würde eine große Ungerechtigkeit sein, denn wer kann heute sagen, daß er immer Arbeit behält? Kein Arbeiter ist davor gesichert, daß er bei der schlechten Konjunktur, selbst im Sommer, Wochen lang arbeitslos sein wird. Dieses Los wollen wir mildern, indem wir unseren Arbeitslosen eine Unterstützung sichern, für die pro Woche 10 M mehr verlangt werden. Wir wissen wohl, daß es schwer hält, von dem heutigen Verdienste Alles zu bestreiten, aber demgegenüber stellen wir fest, daß es noch schwerer ist, im Falle der Arbeitslosigkeit nichts zu erhalten. Womit soll der Hunger gestillt werden, wo Brod hergenommen werden für Weib und Kinder? Der junge Kollege kann den Wanderstab ergreifen, denn der Verband giebt ihm Reiseunterstützung, womit er sein Dasein fristen kann; aber der verheiratete Kollege ist an die Scholle gebunden, er kann nicht fortgehen, er denkt auch, jeden Tag Arbeit zu erhalten. Aber da hat er die Rechnung nicht mit unseren schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen gemacht. Die Arbeitslosigkeit ist von Jahr zu Jahr schlimmer geworden, die Löhne sinken immer mehr, der Arbeiter hat kein Geld, um sich das Notwendigste zu kaufen. Hinzu kommt aber noch, daß unsere Lebensmittel im Preise steigen, sogar das Notwendigste, das Brot, wird bedeutend durch den Zoll verteuert und das bisheren Fleisch, welches der Arbeiter doch zur Nahrung haben muß, steigt auch im Preise. Und so geht es durch die Bank; Alles wird theurer und der Verdienst wird schwächer. Aus allen diesen Gründen ist ja schon die Arbeitslosenunterstützung bei uns probeweise eingeführt, aber sie wird wieder eingezogen, wenn wir nicht den Extrabeitrag von 10 M dafür wöchentlich bezahlen. Deshalb hat der Verband in seiner letzten Generalversammlung die Frage ernstlich erwogen, und wurde der Antrag angenommen, den Extrabeitrag von 10 M weiter zu bezahlen; doch soll hierüber noch eine Urabstimmung erfolgen. Es kommt ja leider zusammen, daß die Erhöhung des Verbandsbeitrages ab 1. April von 35 M auf 45 M steigt, dieses dient ja auch zur Arbeitslosenunterstützung, aber dieselbe wird erst ab 1. April 1904 gezahlt, wir haben also noch ein ganzes Jahr vor uns, wo wir keine Unterstützung erhalten, wenn wir nicht noch zu den 35 M Beitrag 10 M als Extrabeitrag zahlen. Durch diese 10 M sind wir in der Lage, eine angemessene Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Wenn dieselbe auch im Sommer nicht so viel in Anspruch genommen wird, so kommt doch der nächste Winter mit all seinen Schattenseiten, und dann haben wir eine Stütze im Verband, dann können wir eine anständige Unterstützung zahlen. Wir verweisen hier auf die Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“, dort finden Sie, daß schon über 107 Zahlstellen diesen Extrabeitrag leisten, und außerdem wird dort klipp und klar nachgewiesen, daß andere Organisationen längst mehr bezahlen als wir. Diese anderen Gewerkschaften haben dadurch einen großen Vortheil erreicht: der Lohn ist im Ganzen gestiegen dadurch, daß die Mitglieder Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, denn die Arbeiter sind so nicht mehr gezwungen, um jeden Preis Arbeit anzunehmen, sie können eher wohl abwarten, und das wirkt günstig auf den Lohn ein. Denn es ist doch ein Unterschied, ob dem Arbeitgeber zehn Arbeiter zur Verfügung stehen oder einer; im ersten Falle wird er den geringsten Lohn zahlen, kommt aber nur der eine, so kann dieser einen anständigen Lohn verlangen. Auf diese Weise ist Abhilfe zu schaffen, deshalb bitten wir freumbillich, legt Euch diese kleinen Opfer auf, es wird hundertprozentige Früchte tragen.

Stimmt für die Arbeitslosenunterstützung, dann schafft Ihr in schlechter Zeit für die Eurigen Brod.

Die Ortsverwaltung Hannover.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen bei Herrn Geißler zu Weiskenee sind zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Kollegen haben danach die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen bleibt die Werkstätte von H a h n & W e k k o w in W e i ß e n s e e, Königshaussee 71, bis auf Weiteres gesperrt.

Bei der Firma Salge in Grabow war durch Vermittlung des Kollegen Ahrens-Berlin ein Vergleich zu Stande gekommen, wonach am 22. März sechs Mann, theils Drechsler und theils Maschinenarbeiter, selbstverständlich unter Bewilligung unserer Lohnforderungen ansagen sollten, alle übrigen sollten

nach und nach, so bald wie möglich ebenfalls eingestellt werden. Die Kollegen erklärten sich mit den getroffenen Abmachungen einverstanden und so wäre der Kampf endlich ganz beiderseitig Zufriedenheit beendet gewesen, wenn nicht ein ganz besonderer Vorfall sich ereignet hätte, welcher die Kollegen veranlassen mußte, die Fabrik zu meiden. Es war den Kollegen bekannt, daß einige Arbeitswillige mit Revolver ausgerüstet waren, ober von anderer Seite ausgedrängt wurden, obwohl dieselben in keiner Weise von den Streikenden irgendwo belästigt wurden. Den Arbeitswilligen suchten aber ganz mächtig die Finger, sie wollten doch die Schießellen nicht umsonst mit sich herum tragen. Am Sonnabend, den 21. März, schien den Arbeitswilligen die Gelegenheit gekommen zu sein, ihre Schlechtigkeit zu beweisen. Zwei Holzarbeiter gingen am Abend des genannten Tages zu ihren, in der Nähe der Salge'schen Fabrik gelegenen, Wohnungen, unterwegs begegnete ihnen der arbeitswillige Drechsler Hilbrand, welcher auf die ruhig Dastehenden zugeing, einen Revolver aus der Tasche zog, und den beiden Kollegen zurief: „Kennt Ihr das Ding? Wehe dem, der uns an den Leib kommt, der ist des Todes.“ Die beiden Holzarbeiter ließen sich an die Drohungen dieses Menschen nicht und gingen ihre Wege. Hilbrand rief ihnen nach: „Ihr Schweine, wenn Ihr was wollt, könnt Ihr ja mal ran kommen.“ Nach diesen Worten schloß er auf einen gänzlich unbetheiligten Straßenpassanten, einen Zimmerer Frank. Der Schuß ging zum Glück fehl. Dem Hilbrand hatten sich noch zwei Arbeitswillige zugesellt, dieselben fielen über den Frank her und mißhandelten ihn mit Faustschlägen; ein anderer zufällig die Straße passirender Drechsler, Willy Wörde, wurde ebenfalls gemißhandelt. Ein weiterer Straßenpassant, der Bäcker Winnow, wurde gleichfalls mit Revolverköpfen bedacht, bis endlich die Polizei erschien und die Revolverhelden zur Flucht zwang, wobei man auch den unbetheiligten Zimmerer Frank mitnahm. Die übrigen Kollegen werden hieraus ersehen, mit welchem Gefinde die Streikenden es hier zu thun haben, und es bedarf wohl keines besonderen Hinweisens, nicht die Fabrik allzusehr mit Arbeitsangeboten zu überhäufen.

Die Arbeiter in Straßund fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 68 Stunden pro Woche und die Erhöhung des Minimallohnes von M. 18 auf M. 21. Auch soll ein Akkordtarif ausgearbeitet werden. Bis zum 6. April soll den Meistern die Forderung unterbreitet und jeberzeit mit ihnen in Unterhandlung getreten werden. Kollege T u r l aus Nostod erwähnte, zusammenzufassen, und erst recht auf dem Vollen zu sein, wenn die Forderungen auf gültigem Wege nicht geregelt werden sollten.

In der Möbelfabrik von Robert Wilsbe in Magdeburg legten 7 Mann wegen schlechten Verdienstes die Arbeit nieder; weitere 5 Mann werden bald nach Fertigstellung ihrer Akkorde folgen. Akkordverdienste von M. 10 bis M. 16 bei angelegentlicher Arbeit waren nicht selten. Leider wirken gerade die zureisenden Kollegen schädlich, indem sie immer wieder in diesem unregelmäßigen Betrieb Arbeit nehmen. Reisende Kollegen mögen erst im Bureau, Faßlocherberg 6, vorprechen.

In der Möbelfabrikerei von Sünderich Diegel in Ellenburg haben sämtliche Arbeiter und Holzblödhauer die Arbeit niedergelegt resp. gekündigt. Der Grund dieser Maßregel ist folgender: Als vor kurzer Zeit ein Streik in einer größeren Werkstätte ausbrach, war ein bei Diegel beschäftigter Kollege als Kommissionsmitglied zur Schlichtung des Streitfalles mit thätig. Dieses muß Diegel von befreundeter Seite hinterbracht sein, und traf er darnach seine Vorbereitungen. Ein Verbandskollege bekam unter den wichtigsten Gründen seine Entlassung. Bei der Ausbündigung der Papiere sagte Diegel unter Anderem: „Heinemann sage ich es auch noch, so eine Frechheit von der Arbeit fortzulassen, was gehen dem Schwemke's Leute an ihm. Hierzu wollen wir bemerken, daß Diegel zur Zeit verheiratet war, als bei Schwemke der Streikfall voram, um Erlaubnis konnte deshalb nicht gefragt werden. Dieser Diegel hat überhaupt die Verbandskollegen schon viel schikanirt. Im hiesigen Orte hat sich zur Zeit der sogenannte Jugendstil eingebürgert. Für diesen so unerwarteten Stil besteht kein Tarif, denn unter seit 1898 bestehender Tarif ist in dieser Sache nicht maßgebend. Doch zur Sache. Diegel, der Innungscharfmacher, schrieb unseren Kollegen Heinemann für ein Paar Betten, welche im Tarif mit M. 38 verzeichnet sind, M. 31 ein. Dieses konnte sich das Kommissionsmitglied Heinemann nicht gefallen lassen und wurde infolgedessen bei Diegel vortellig. Doch Diegel, denn das war sein Plan, erklärte: „Wenn Sie die Betten nicht für den Preis machen können, suchen Sie sich andere Arbeit.“ Anderen Tags erfolgte die Kündigung seitens Diegel. Ein anderer Kollege hatte fünf Schränke in Arbeit. Witten in der Arbeit ließ Diegel jeden Schrank einzeln fertigstellen. Der andere Kollege hatte einen Mahagoni-Waschunterzieher, eine viertägige Kommode und eine Waschkommode in Arbeit, als die Kollegen vorstellig wurden, daß sie bei diesen schlechten Akkordpreisen nicht auskommen könnten, sagte Diegel: „Was geht das mich an, was Sie verdienen, ich gebe keinen Pfennig mehr.“ Und jedesmal lacht er sich die thätigsten Organisationsmitglieder bei unermüdlicher Skiffion heraus. Kollegen, so kann es nicht weiter gehen, wir müssen fest zusammenschließen. Das dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen, daß die thätigen Mitglieder auf das Pfaster geworfen werden. Wir Ellenburg-Kollegen werden dafür sorgen, daß dieser Unternehmervöllfür ein Ziel gesetzt wird.

Aus Luckenwalde. Seit drei Wochen stehen hierorts nun die Möbelfabrikanten im Streik, ohne daß irgendwelche Veränderung eingetreten wäre. Die Unternehmer arbeiten mit allen Mitteln, um die Streikenden zum Umkehren zu bewegen, damit sie den Lohnabzug ruhig hinnehmen. Unter Anderem veröffentlichten die Meister in den hiesigen Lokalblättern die Liste sämtlicher streikenden Tischlergesellen und Arbeiter. Die schwarze Liste hat keinerlei Wirkung gehabt. Die Streikenden stehen einmütig fest. Die Kleinmeister, welche größtentheils dem Arbeitgeber-Schutzverband beigetreten sind, entlassen die von ihnen eingestellten Streikenden. Sie stehen jetzt brüderlich vereint mit dem Grobunternehmer, um die Arbeiter zu unterdrücken. Sonst liegen sie sich immer in den Paaren. Wären die Herren beim Verkauf ihrer Möbel ebenjso einig, wie in punkto Arbeiterunterdrückung, so wäre manche Schuldkonferenz schon aus der Welt geschafft, und könnte dem Arbeiter ein anständiger Lohn gezahlt werden. Kollegen aller Nachbarstädte, haltet den Bezug weiter fern, dann muß uns der Sieg werden, da die Geschäfts-konjunktur eine günstige ist.

Der Mitgliederstreik bei Rothe u. Söhne in Frankfurt a. M. Verhandle nie mit einem Komplott, noch schließte sich einem Komplott an, sondern verkörperte als Einzelner nur mit dem Einzelnen. Diejenige von seinem Vater außer einer Million Vermögen erworben Grundbesitz wußte Herr Rothe treu zu bleiben und wenn eine Kommission von drei Männern um Wohnerrhöhung bei ihm nachsuchte, so wurde diese als Komplott abgewiesen; mit dem Einzelnen wurde Herr Rothe dann schon fertig. Als am 22. Februar 20 Mann die Arbeit niederlegten (siehe Bericht in Nr. 11), möchte Herr Rothe einstweilen froh sein, daß er die „Verger“ los sei, in der Erwartung, daß er an deren Stelle bald andere Leute haben würde. Inzwischen sind seit dieser Zeit sechs Wochen vergangen, und immer noch zeigen die Werkstätten die gähnende Leere. Da nun aber die Arbeiter für das neue Rathaus drängen und die Konventionalstrafe fällig wird, die Inserate am Ort und in der Umgebung von keinem Erfolg sind, so sah sich Herr Rothe veranlaßt, zunächst durch das Gewerbegericht mit dem einen Komplott, dem Holzarbeiter-Verband, in Verhandlung zu treten. Da aber über die gesamten Punkte eine Einigung nicht zu Stande kam, indem Herr Rothe auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingehen wollte, so konnte auch von der Aufhebung der Sperre keine Rede sein. Herr Rothe glaubte nun mit einem weiteren Komplott in Verbindung treten zu müssen, und eilenden Schrittes die Lohnliste unter dem Arm, meldete er sich beim Verband der Arbeitgeber im Schreinergerwerbe als Mitglied an. Daß es nicht ohne Tadel für seine bisherige Abneigung gegen den Verband der Arbeitgeber im Schreinergerwerbe abging, dürfte einleuchten; aber: im Himmel ist ja Freude über einen einzigen Sünder, der Buße thut, weshalb nicht bei den Schwarzwädern? Und so wollte man dem neuen Mitglieder auch zeigen, daß der Verband gewillt ist, zu helfen. So prangte denn in den Frankfurter bürgerlichen Zeitungen eine „Erklärung des Arbeitgeberverbandes“, daß, wenn bis 1. April d. J. die Sperre über die Rothe'sche Schreinerei nicht aufgehoben sei, „zunächst“ alle die entlassen würden, welche bei R. die Arbeit niedergelegt. So sind denn die hiesigen Kollegen die eine Sorge los, wo sie Streikposten hernehmen für die R. 'sche Werkstatt, denn bis auf einen Kollegen waren alle unter. Nun, die Frankfurter Kollegen sind keine von denen, die beim ersten Schuß auf den Rücken fallen, ebent. können dieselben ein Länzchen riskieren. Vor Zugang wird gewarnt.

Die Ortsverwaltung in Ludwigschafen giebt bekannt, daß der Inhaber der Fenster- und Thürfabrik Heinrich Fasig & Sohn keine organisierten Arbeiter mehr beschäftigen will. Die zureisenden Kollegen mögen hiervon Notiz nehmen, aber auch dabon, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei obiger Firma Vieles zu wünschen übrig zu lassen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Ein Abgelegter. Auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongress, der voriges Jahr in München stattfand, wurde als Arbeitersekretär und Agitator für Süddeutschland an Stelle des Herrn Stegerwald Herr Giesler aus Freiburg i. B. gewählt. Dieser Herr, der nunmehr seit längerer Zeit in München weilt, haben seine christlichen Freunde überraschender Weise abgelegt und ihm seine Stellung zum 1. April gekündigt. Ueber die Gründe dieser Kündigung kurzlich in den Reihen der Christlichen allerhand merkwürdige Geschichten aus der Vergangenheit des Herrn Giesler, auf die wir jedoch nicht weiter eingehen wollen. Zum Nachfolger des Herrn Giesler soll der „akademisch gebildete“ Hilfsarbeiter des Herrn Schürmer, der Sekretär Rang des neuen christlichen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, aussersehen sein; wenigstens soll sich Herr Schürmer riesige Mühe geben, um für diese Wahl in den beteiligten Kreisen Stimmung zu machen. Herr Giesler that anfangs, als wollte er die Zahlstelle Münchens des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit Haut und Haaren verschlucken, pardon befehlen; zu diesem Zwecke schimpfte der Herr auch recht weidlich über den Münchener Streik, natürlich — auswärts, hier am Orte schwie er sich ordentlich aus; in öffentlichen Versammlungen der Münchener Kollegen sah man den Herrn christlichen Agitator niemals, oder fürchtete sich Herr Giesler Rede und Antwort zu stehen vor den Münchener Kollegen? — Es soll auch mit dem Fortschreiten der christlichen Zahlstelle recht im Argen liegen, das bloße Schimpfen auf die verhassten „Sozi“ allein zieht auf die Dauer auch nicht mehr und mehr konnte Herr Giesler, trotz seiner „akademischen“ Bildung nicht leisten.

Herr Kleiber von der „Fachzeitung“ judt ganz bedenklich das Fell. Heute seines Schlages haben von Zeit zu Zeit eine kalte Abreibung nötig, sonst fühlen sie sich nicht wohl. In letzter Nummer unserer Zeitung stellen wir fest, daß er in seiner „Fachzeitung“ vom 15. März von einem seit acht Tagen wegen erheblicher Unterschlagungen schriftlich verfolgten Handwerkskammersekretär Dr. Wählpfordt als von einem „um die Arbeitgeber hochverdienten“ Manne sprach. Wir bezweckten damit lediglich, ihn zu veranlassen, weniger weit den Mund aufzureißen, wenn er gegen die Arbeiter schärf macht, dafür aber etwas mehr vor der eigenen Thür zu kehren, hinter der noch so zweifelhafte Elemente, wie der „hochverdiente“ Wählpfordt, sich breit machen können. Herr Kleiber empfindet das Namable seiner Situation nicht, sonst hätte er nach einem so bösen Reifall etwas Selbst-einfuhr und setzte sein Schimpfexikon, das ihm schon so bewundernswoll geworden ist, etwas in die Ecke. Aber nichts von Alledem. In der neuesten Nummer der „Fachzeitung“ schimpft er antwortlich unterer gutgemeinten Kolitz über die „gewohnten Flegelchen“ der „Holzarbeiter-Zeitung“, mit der man sich im Schimpfen und Drechseln nicht messen könnte. Er exemplifiziert dabei auf die jüngst erfolgte Bestrafung unseres Kollegen Köste wegen Beleidigung des Herrn Nahardt.

Et, ei, Herr Kleiber, wenn eine solche Bestrafung der Gradmesser für die moralische Qualität eines Redakteurs sein soll, dann kommen Sie sehr schlecht weg, denn erst vor Kurzem sind Sie wegen einer dreieumbersichigen Beleidigung vor einem Berliner Gericht bestraft worden. Sie beobachteten dabei so wenig Achtung vor dem Gericht, daß Sie eine Vorladung ignorierten und erst einem Vorladungsbefehl folgten. Dann aber war Ihr und unser Verhalten auch darin unterschiedlich, daß uns der Richter anerkannte, daß unsere, zur Beleidigungsklage führende Äußerung gegen Herrn Nahardt immerhin der Ausfluß einer ehrlichen Ueberzeugung sein könne, daß man über die Berechtigung dieser Äußerungen streiten könne, und daß lediglich eine formelle Beleidigung vorliege.

Sie dagegen mußten vor dem Gericht eingestehen, daß Sie die eine Beleidigung enthaltende Äußerung gegen den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes sich schamlos aus den Fingern gezogen hätten. Das selberseitige Verhalten unterschiedlich auch dadurch, daß wir über unsere Verurteilung sofort und ohne jede Beschönigung berichteten, während Sie es wagten, allen journalistischen Anstandsregeln zum Trotz, ihre Verurteilung einfach zu ignorieren. Dafür bringen Sie es aber fertig, über „Flegelchen“ Ihrer Gegner zu schreiben.

Wir werden es schon noch erleben, daß Sie wegen ihrer kompromittierten Haltung ebenso von den Fachzeitungsleuten den wohlverdienten Fuhtritt erhalten, wie Sie ihn von den Arbeitgeberzeitungsleuten erhalten haben. Für den Journalismus wäre das jedenfalls ein Erfolg, für unsere Sache nicht so sehr. Denn wir können uns solche Gegner nur wünschen, die die Schwarzmacherei so empfindlich kompromittieren.

Die Direktion der Lüders'schen Waggonfabrik in Bielefeld berief vor drei Wochen den Arbeiterausschuß in ihr Bureau und machte ihn auf die Reichstagsrede des Abgeordneten Albrecht vom 18. Februar aufmerksam, in der Genosse Albrecht im Namen der aufklärten Arbeiter gegen sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen vom Schlage der Krupp'schen Pensionskasse Front machte. Der Arbeiterausschuß wurde befragt, ob er der Meinung Albrecht's sei, dann wäre die Direktion jederzeit bereit, die Pensionskasse, die eingeführte Gewinnbeteiligungsprämie und noch andere Kleinigkeiten abzuschaffen. Der Arbeiterausschuß nahm durch Vermittlung der Krankenkassendelegierten mit den einzelnen Abteilungen der Fabrik Fühlung, und die Stimmung ging allgemein dahin, daß bei einer geringen Lohnerhöhung die Arbeiterkass auf die Wohlfahrtseinrichtungen verzichten würde. Ohne eine solche allerdings nicht. Das ist nicht verwunderlich; denn unter den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen befindet sich ja der als Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil. Die Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil. Die Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil. Die Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil. Die Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil. Die Gewinnbeteiligung gebuchte Lohntheil.

Mit einer Lohnerhöhung war natürlich die Direktion nicht einverstanden. Statt dessen wurde den Arbeitern ein Zirkulär ausgehändigt, in welchem sie bekunden sollten: 1. Sie seien mit dem Abgeordneten Albrecht nicht einverstanden und hielten die Wohlfahrtseinrichtungen für segensreich, oder sie sollten 2. sich mit ihm einverstanden erklären, dann aber auch bitten, von den Wohlfahrtseinrichtungen ausgeschieden zu werden. Das Zirkulär sollte in zwei Tagen an den Meister abgeliefert werden. Da es der Direktion ganz sicher nur darauf ankam, die Bestimmung ihrer Arbeiter festzustellen, die Arbeiter aber gar kein Interesse haben, der Direktion eine Liste überzeugungstreuer Genossen auf dem Präsentirteller entgegen zu bringen, beschloffen sie, sich für die Wohlfahrtseinrichtung zu erklären.

Dieser Beschluß wird nun von den Kreisblättern als ein Mißtrauensvotum der Arbeiter gegen Albrecht ausgelegt, und doch steht fest, daß die Arbeiter genau wie in Bremerhaven eine Taktik befolgten, die entgegen ihrer sonstigen Auffassung in diesem Falle notwendig war. In einer späteren Versammlung, in der an 2000 Personen anwesend waren, darunter zahlreiche Arbeiter der Fabrik, besprach ein Redner die Wohlfahrtseinrichtungen der Fabrik, und hatte die Genugthuung, daß durch seine mit Beifall ausgenommenen Schilderungen folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„In der Erwägung, daß bei Arbeitsmangel angeht die drohenden Hungers und Elends öffentliche Abstimungen im Rahmen einer Fabrik ein Bild der wahren Bestimmung der Arbeiter nicht geben können, protestiert die am 15. März im „Europäischen Hof“ tagende, von ca. 2000 Arbeitern und Bürgern besuchte öffentliche Volksversammlung gegen die Annahme solcher Kundgebungen. Solche Kundgebungen führen auch ohne direkte Beeinflussung zu einem Gewissenszwang und zichten Furchen. Die Versammelten erklären, daß ihnen der Abg. Albrecht am 18. Februar aus dem Herzen gesprochen. Sie wundern sich darüber, daß von den sehr bescheidenen Wohlfahrtseinrichtungen der Waggonfabrik so viel Wesens gemacht wird, während die im Namen der gesamten Arbeiterschaft an Stelle der Wohlfahrtseinrichtungen geforderte Lohnerhöhung bei der Direktion keinerlei Gegenliebe fand. Die Versammelten sehen in der von der konservativen Direktion veranlaßten und dem freisinnigen Ausschussvorsitzenden Abg. Lüders gebilligten Subsidigung an die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen einen Ausfluß echt kapitalistischer Sozialpolitik. Sie verpflichten sich, im Juni dem Abg. Lüders für seine Vorliebe für öffentliche Abstimungen bei geheimer Wahl die gebührende Quittung zu erteilen und unverbrüchlich zur sozialdemokratischen Partei zu halten.“

Gewerkschaftliches.

Der Norddeutsche Lloyd und das Koalitionsrecht der Arbeiter. In Bremerhaven waren die Hafenarbeiter des Norddeutschen Lloyd bekanntlich vor einigen Wochen ausständig geworden wegen Anerkennung eines Tarifs. Sie erzielten damals einen vollen Erfolg. Der Schreck darüber ist den Lloydleuten so in die Glieder gefahren, daß sie seit dieser Zeit zielbewußt an der Zerstückelung der Arbeiterorganisationen arbeiten. Zunächst wurden die thätigsten Organisationsleiter unter den Arbeitern entlassen, darauf den Arbeitern mitgeteilt, daß sie nur dann Aussicht auf Weiterbeschäftigung haben, wenn sie ihre Verbandsmitgliedsbücher beim Lloyd abliefern und aus ihrer Organisation austreten. Schändlicher sind noch nie die Rechte des Arbeiters mit Füßen getreten als von den freisinnig sein wollenden Lloydleuten, die bisher stets der Anerkennung voll waren über die Organisationen der Arbeiterschaft und jetzt auf einmal einen solchen Konflikt heraufbeschworen. Denn seitens der Arbeiterorganisationen ist bisher nichts geschehen, was den Lloyd'schwarzmachern auch nur den Schein des Rechts gegeben hätte, ihre Arbeiter so zu knebeln. Sie behandelten den Lloyd stets in der loyalsten Weise.

Die Arbeiter werden den Bremer Schwarzmachern die richtige Antwort geben, wenn sie trotz Abgabe der Mitgliedsbücher ihrer Organisation treu bleiben. Es kommt schon noch die Zeit, wo sie den Lloydleuten mit Zins und Zinseszinsen heimgahen können, was sie jetzt an ihnen gethan haben. Der Unterstützung der gesammelten organisierten Arbeiterschaft werden sie sicher sein.

Mitgliederzahlen aus deutschen Gewerkschaften. Aus den in letzter Zeit veröffentlichten Gewerkschafts-Abrechnungen sind weiter folgende Mitgliederzahlen zu nennen: Es hatten im 4. Quartal 1902 Mitglieder: Der Bildhauerverband 8797 — gegen 4412 in Mitte 1901 —, der Buchbinderverband 10 898 gegen 9971, der Glaserverband 2612 gegen 2696, der Sattlerverband 2611 gegen 4211, der Tapeziererverband 4509 gegen 4411 in Mitte 1901.

Von diesen 5 Gewerkschaften haben nur 2 einen Zuwachs, und zwar die Buchbinder um 727, die Tapezierer um 98 Mitglieder. Die Bildhauer haben 615, die Glaser 83, die Sattler 600 Mitglieder verloren von Mitte 1901 bis Ende 1902.

Nunmehr haben 21 Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen von Ende 1902 angegeben. Davon hatten 13 gegen Mitte 1901 eine Zunahme um 18 888 Mitgliedern, 8 Gewerkschaften hatten insgesamt eine Abnahme um 6921 Mitglieder, so daß bei den 21 Organisationen ein Mehr von 13 067 Mitgliedern verblieb.

Die Behörden mit den Unternehmern Hand in Hand bei Bekämpfung der Gewerkschaften. Raum glaublich ist eine Mitteilung, die ein Wädnermeister aus Röntsch hätte auf einer Versammlung der obersteleichen Wädnerinnungen in Rattowig machte. Er behauptete nämlich in aller innungsmeisterlichen Naivität, daß er bereits von den Behörden die Mitgliederliste des Verbandes verlangt habe und daß die den Meistern mitgeteilt werden sollte, damit Verbandsmitglieder nicht in Arbeit genommen würden. Es solle ein Zentralbureau in Rattowig geschaffen und von diesem sollen die in den einzelnen Orten zu errichtenden Arbeitsnachweisbureaus die Mitgliederlisten des Verbandes erhalten.

Vorausgesetzt, daß der biedere Wädnermeister nicht phantastisch hat, wäre das eine so grobe Gesetzesverletzung, daß uns ein solches Vorgehen selbst in Oberschlesien unmöglich erscheint. Vielleicht ist aber bei dem Wädnermeister der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Der Verband der Zimmerer hatte laut Jahresabrechnung 1902 28 898 Mitglieder in 504 Zahlstellen; gegen das Vorjahr hätte die Organisation somit 258 Mitglieder verloren; nach den Gesamtbeiträgen berechnet, ergibt sich aber eine Steigerung der Mitgliederzahl um 218. Die reine Einnahme der Hauptkasse betrug rund M. 261 350, wohingegen die Ausgaben sich auf rund M. 825 820 beliefen. Der Fehlbetrag konnte aus dem Kassenbestand und aus den Kapitalzinsen gedeckt werden. Der Kassenbestand ist von M. 302 183,58 auf M. 245 769,41 gesunken. Hierzu kommen größere Bestände und Reservefonds in den Zahlstellen, so daß sich das Vermögen des Verbandes am Jahreschluss auf M. 419 111,81 belief. Größere Ausgabenposten sind: M. 209 705,28 für Streikunterstützung, M. 37 336,38 Sachorgan, M. 25 642,70 Agitation inkl. Bauarbeiterzuschuß, M. 9183,10 Reiseunterstützung, M. 8640 Gehälter, M. 7281,54 Rechtschutz, M. 5981,60 Sitzungen und Konferenzen, M. 3219 Druckkosten für die Geschichte der Zimmererbewegung, M. 3151,66 Kontrolle der Lohnbewegungen, M. 2036,20 Gemahregelunterstützung, M. 2748,12 Generalkommission, M. 2287,78 Druckkosten, M. 2272,64 Statist., M. 2002,50 Hilfsarbeiten und Vertretungen. — Seine größte Mitgliederzahl hat der Verband in Berlin mit 1866, dann folgen Hamburg mit 1889, Leipzig 777, Stettin 572, Dresden 528, Bremen, Breslau, Kiel je mit rund 480. Dann folgen in weitem Abstand Hannover mit 291, Charlottenburg 287, Albed 269, Bogen 255, Düsseldorf 239, Magdeburg 226, Altona 211 und Stuttgart mit 207.

Christliche Gewerkschaftspolitik. In einem „Zur Gewerkschaftsfrage“ übergebenen Artikel leistet sich das in Siegen erscheinende Süddeutsches „Volk“ folgende Gemeinheit: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, zu drei Vierteln politisch durchsetzt von der Sozialdemokratie, deren Apostel den Arbeitern millionenfach die Lüge vom unüberbrückbaren Gegensatz von Arbeit und Kapital einpauken, hat den Arbeitern eine rote Brille aufgesetzt. Die sogenannten freien Gewerkschaften schwimmen völlig im Fahrwasser der internationalen, rebusionären Sozialdemokratie. Die von den Gewerkschaften zusammengesetzten Summen werden zum großen Teil zu politischer Arbeit nutzlos verschwendet. An Stelle der systematischen Weiterbildung der Arbeiter durch die Gewerkschaft tritt im Gegenteile fortschreitende Verrohung und Arbeitsunlust infolge der steten Hezardei der sozialdemokratischen Führer.“

Diese Lümmelei bedarf keiner sachlichen Erwiderung. Wir begnügen uns damit, sie niedriger zu hängen.

Internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre. Gelegentlich des letzten Gewerkschaftskongresses, der vergangenes Jahr in Stuttgart tagte, wurde auch eine internationale Konferenz abgehalten, an welcher sich die anwesenden Vertreter der ausländischen Gewerkschaftsorganisationen beteiligten. Es wurde beschlossen, die nächste internationale Konferenz in England, und zwar gelegentlich des Kongresses des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“ abzuhalten. Dieser Kongress ist auf den 9. und 10. Juli d. J. nach Dublin einberufen, und so wird die internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre am 7. und 8. Juli dort abgehalten werden. Der „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ von England schlägt für die nächste Konferenz eine Resolution vor, in der verlangt wird, daß die einzelnen Landessekretäre alljährlich zweimal einen Bericht an den Sekretär der Konferenz einzusenden haben, in welchem alle wichtigen Mitteilungen über die Bewegung in den einzelnen Ländern enthalten sind. Diese Berichte sind in die beschriebenen Landessprachen zu übersetzen. Ferner: die bisher erwachsenen Kosten werden von den deutschem und englischen Gewerkschaften je zur Hälfte getragen. In Zukunft sollen die Kosten durch eine besondere Steuer von 50 s pro 1000 Mitglieder gedeckt werden.

Briefkasten.

* Stuhlflöhe liefert noch Paul Gottwald, Drechsler, Kloster-Gehringswalde i. S.
Volheim, U. S. Sie haben Recht, Meister Georg Neuhurger verdient, daß er seine Arbeit selber macht und kein Gefelle für M. 4—6 bei mangelhafter Kost und schlechtem Logis sich ihm zur Verfügung stellt.
Siegen, R. W. Dürfte im „Correspondenzblatt“ noch berichtigt werden.

